

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 34 vom 26. August 1983

17. Jahrgang

1 DM

## Der Streit

Streit ist ausgebrochen zwischen den verschiedenen Alternativen Listen. Es geht um die Haltung zur BAL in Bremen. Kampf bis aufs Messer kündigt ihr Ebermann in der „MOZ“ an, die unterschiedlichsten Positionen werden in der „taz“ verbreitet.

All jene, die angetreten waren, bzw. sind, die Grünen sozusagen nach links zu holen, den linken Teil der Grünen zu unterstützen usw., sie sind jetzt entzweit. Bedeutet die Bremer BAL wirklich das bundesweite Ende der Grün-Alternativen Listenbestrebungen, wie es aus Hamburg verlautete?

Ist die BAL wirklich das Einfallstor der DKP, von dieser beherrscht?

Der ganze Streit zeichnet sich im wesentlichen — bisher jedenfalls — dadurch aus, daß zwei entscheidende Fragen ausgeklammert werden, bzw. ihre Beantwortung vorausgesetzt.

1. Gibt es keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den politischen Aussagen der BAL, sowohl in ihrem Wahlprogramm als auch in ihren ganzen Debatten?

2. Gibt es nirgendwo eine ehrliche Bilanz darüber, wie man denn mit der vielbeschworenen Stärkung der Linken bei den Grünen wohl vorangekommen ist. Oder eben nicht.

Sicherlich: Die zahlreichen Kritiken an der DKP bestehen ja nun wirklich nicht zu Unrecht. Sowohl der immer wieder erhobene Vorwurf, daß die DKP politisch betrieben, intrigiert und taktiert läßt sich an zahllosen Fakten beweisen, als auch die Kritik an der Politik der DKP sowohl was deren Haltung zur UdSSR betrifft, als auch beispielsweise zur Gewerkschaftsführung im DGB.

Aber immer deutlicher wird, daß es vielen „Linksbekennern“ bei den Grünen (von den rechten Grünen ganz zu schweigen) gar nicht darum geht, was die DKP macht. Sondern um eine „Abgrenzung“ vom „traditionalistischen Ansatz“, vom Klassenkampf, vom Kampf um die soziale Revolution.

Genau das aber repräsentiert die Bremer BAL. Weswegen auch unsere Partei sie entschieden unterstützt, ohne die Auseinandersetzung mit der DKP zu vermeiden. Der Streit, der jetzt bei den ALs ausgebrochen ist, unterstreicht, daß dies richtig ist.

1. September — Antikriegstag

## Zwei NATO-„Partner“ führen Krieg!

Während sich am diesjährigen 1. September, dem traditionellen Antikriegstag, bei vielen Versammlungen und Demonstrationen die Gegner der Atomraketen, die unser Land bedrohen, zu Wort melden, führen zwei Staaten, „Bündnispartner“ der Bundesrepublik, Krieg. In Mittelamerika ziehen die US-Imperialisten ihren Ring um das freie Nicaragua immer enger, unterstützen mit allen Mitteln die konterrevolutionären Kräfte und lassen in El Salvador weiterhin die Freikampfkämpfer ermorden. Zur gleichen Zeit besetzen in einer konzertierten Aktion die USA und Frankreich große Teile des Tschad — für kein anderes Ziel als den Kampf gegen eine Befreiungsfront, die ihr Land vom Imperialismus unabhängig machen will.

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe herrscht „Waffenruhe“ im Tschad. Aber wenn man die Nachrichten genau verfolgt, kommt heraus, daß die Imperialisten eine starke Front im Tschad aufbauen. Aufklärungsflugzeuge der USA, „Berater“ der US-Armee, starke Kontingente der französischen Fallschirmjäger und Flugzeuge bilden eine Kette quer durchs Land. Der Kommandeur der französischen Truppen ist „Afrika-erfahren“, hat sich seine Sporen im Algerien-Krieg verdient, hat dem Völkermörder Mobutu mit zur Macht verholfen, einem pro-imperialistischen Diktator, dessen Soldaten auch im Tschad stehen.

Und wieder ist der offizielle Grund die „Bedrohung der Freiheit“. Als würde Nicaragua ernsthaft die USA, der Tschad Frankreich militärisch bedrohen. Weil man das nicht glauben kann, muß der „Revolutionsexporteur“ Ghaddafi wieder einmal herhalten. Dabei hat Frankreich „sein“ Einflußgebiet in Afrika auch schon mit Waffengewalt gegen Aufständische verteidigt, als in Libyen noch ein protestantisches Königshaus regierte.

Bis August 1971 hatte de Gaulle tausende Fallschirmjäger drei Jahre lang im Tschad eingesetzt, Giscard d'Estaing schickte

tausende Soldaten 1978 in das Land. Immer ging es nur um die weitere Beherrschung des Landes durch den französischen Imperialismus. Und die, die das damals wortreich kritisierten, Mitterrand und die KPF — sie handeln heute genau wie ihre Vorgänger an der Regierung — nämlich neokolonialistisch.



Freiheitskämpfer im Tschad. Sie stehen heute im Kampf gegen die Imperialisten aus den USA und Frankreich — für Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit — für Frieden!

Da ist von der „sozialistischen“ und der „kommunistischen“ Regierungspartei kein Protest zu hören. Wie damals in Algerien „verteidigen“ sie die „nationalen Interessen“. Die Mitterrand-Partei unterstützt die Kriegspolitik „ohne Vorbehalte“, die revisionistische KPF will lediglich ein offenes Eingreifen „so lange wie möglich“ hinauschieben.

Und kein Protest erhebt sich

gegen die NATO. Der Abschnittskommandant der NATO im Mittelmeer steuert den USA-Flaggezeuger „Eisenhower“ vor die libysche Küste, die US-Basen in Westdeutschland versorgen die Einheiten mit Nachschub. Ziemlich unberührt von den Auseinandersetzungen für eine konsequente Friedenspoli-



tik stehen französische Soldaten — Soldaten einer kriegsführenden Armee — auf westdeutschem Boden. Der Widerstand gegen das NATO-Kriegsbündnis ist dringender denn je. Der Widerstand muß von der Friedensbewegung kommen. Gegen die Präsenz aller Truppen des NATO-Bündnisses in der Bundesrepublik. Gegen den imperialistischen Krieg! Raus aus der NATO!

Auf 50000 „eingesetzt“?

## Volle Mobilisierung für die Bonner Stahlarbeiterdemonstration tut not!

Mit rund 50000 Teilnehmern rechnet der Vorstand der IG Metall bei der zentralen Demonstration der Stahlarbeiter am 29. September in Bonn. Es gibt in der Stahlindustrie genügend Gewerkschafter, die dies als Zielsetzung für eine zu geringe Zahl halten. Wieviel auch immer: volle Mobilisierung tut not!

Möglichst viele müssen es sein, die den Bonner Herren die Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter demonstrieren. So wird die große Teilnehmerzahl auch ein Hindernis dafür, dies als eine Alibiaktion kurz vor dem Gewerkschaftstag zu betreiben, wie es offensichtlich vom Vorstand

eingepflanzt ist.

Die ausgegebene Losung „Für den Erhalt aller Stahlstandorte“ ist natürlich, einmal mehr, zweischneidig. Zwar kann man eine solche Forderung durchaus als Forderung der Belegschaften auffassen, genauso können aber auch die Unterneh-

mer sich damit anfreunden, weil die Allgemeinheit viel Spielraum läßt.

Und natürlich ist es auch ein Versuch die Verstaatlichungsforderung, die heute dem IGM-Vorstand wohl fast genauso ein Dorn im Auge ist, wie den Kapitalisten, unter den Tisch zu bügeln. Es wird also insgesamt darauf ankommen, was man aus der ausgegebenen Erhaltsforderung macht, wie sie sich auf der Demonstration selbst konkret ausdrückt.

## In dieser Woche:

Chile 10 Jahre  
nach  
dem Putsch:

Die Ökonomie  
der Diktatur  
Ein Land  
ist ruiniert

Seite 10

Frauen gegen  
Sozialabbau

Hände weg  
vom Mutter-  
schaftsurlaub

Seite 2



## Schluß mit der Bonner Unterstützung für die Faschisten in Ankara!

Die KPD ruft dazu auf, die Demonstration zahlreicher türkischer und kurdischer Organisationen am 10. 9. in Köln zu unterstützen. Dies sollte gerade für deutsche Demokraten und Antifaschisten eine besondere Verpflichtung sein.

Denn: Bonn mordet mit in der Türkei!

Es gibt einem Regime politische Rückendeckung, das seine Gegner nicht nur einsperrt und foltert, sondern systematisch ausrottet. Hunderte von Todesurteilen bestätigen das ebenso wie die Morde in den Gefängnissen. Aber die Regierung in Bonn bescheinigt den Faschisten „Schritte in Richtung auf die Wiedereinführung der Demokratie“!

Darüberhinaus finanziert Bonn den NATO-Partner Türkei mit Millionen, allein mehr als 600 Millionen DM 1982/83. Un-

sere Steuergelder fließen in die Hände von Völkermördern.

Damit nicht genug: Bonn liefert den Henkern immer neue Opfer. Durch die Ausweisung von Asylbewerbern aus der Bundesrepublik.

Dagegen muß auch am 10. 9. protestiert werden. Ebenso wie gegen die ganze menschenfeindliche Politik, die die Regierung gegen unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitbürger aus dem Ausland hier bei uns betreibt. Für die vollständige Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern.



Protestdemonstration gegen  
die faschistische Militärjunta  
in der Türkei

Demonstration  
Samstag, 10. September  
Köln, Ebertplatz  
Beginn: 10.30 Uhr

WEG MIT DER  
FASCHISTISCHEN JUNTASTOPPT DIE BONNER  
TÜRKEIHILFE

RETTET DAS  
LEBEN DER  
POLITISCHEN  
GEFANGENEN  
IN DER TÜRKEI

KPD KJD

Dieser Aufkleber kann ab sofort beim Verlag Roter Morgen bestellt werden (Postfach 300528, 4800 Dortmund 30, Tel.: 0231/433691). Er kostet pro Stück 15 Pfennig (Mindestabnahme 10 Exemplare) zuzüglich Porto.



# Hände weg vom Mutterschaftsurlaub!

Trotz zahlreicher Proteste plant die Bonner Regierung nach wie vor, die bestehende Regelung über den Mutterschaftsurlaub erheblich zu verschlechtern: Die jetzige Dauer des Mutterschaftsurlaubs von vier Monaten soll auf drei Monate verkürzt, die jetzige finanzielle Entschädigung von höchstens 25 DM/Tag bzw. 750 DM/Monat soll auf höchstens 20 DM/Tag bzw. 600 DM/Monat verringert werden. Außerdem soll die Zeit des Mutterschaftsurlaubs bei der Rentenversicherung nur noch als Ausfallzeit berechnet werden.

Zum „Trost“ wird den Frauen von der Regierung versprochen, daß ab 1987 allen Müttern (berufstätigen und Hausfrauen) ein sogenanntes Erziehungsgeld von maximal 600 DM für die Dauer von drei Monaten gezahlt werden soll.

Dieser massive Angriff auf den Mutterschaftsurlaub zeigt in aller Deutlichkeit, was dabei herauskommt, wenn Helmut Kohl und seine Parteifreunde Frauen- und Familienpolitik betreiben — nichts Gutes für Frauen und Kinder. Das Mutterschaftsgeld ist jetzt schon zu niedrig. Schon heute müssen Frauen — z. B. alleinerziehende Mütter — aus finanziellen Gründen auf den Mutterschaftsurlaub verzichten. Wenn der Höchstbetrag gar auf 600 DM gesenkt wird, dann wird der Mutterschaftsurlaub gerade für Frauen aus einkommensschwachen Familien zu einem Luxus, den sie sich nicht mehr leisten können. Auch die Dauer des Mutterschaftsurlaubs ist jetzt schon zu niedrig. Zu niedrig, gemessen an den Bedürfnissen der berufstätigen Frauen (der DGB fordert einen 18monatigen Urlaub), zu niedrig, gemessen an den Regelungen in anderen Ländern, zu niedrig aber auch

gemessen an der gerade von christlich-sozialen Politikern immer wieder erhobenen Forderung, daß das Kind gerade in den ersten Lebensjahren die Erziehung in der Familie brauche.

Aber wenn nun mal kein Geld da ist, wie die Regierung behauptet? Wenn die Regierung das behauptet, sagt sie schlicht und einfach nicht die Wahrheit. Die Wahrheit ist, daß die Regierung die Gelder aus der Staatskasse lieber für andere Zwecke ausgibt als für die berufstätigen Mütter. 430 Mio. DM sollen durch die geplanten Maßnahmen gespart werden — zu Lasten von ca. 300.000 berufstätigen Müttern. 430 Mio. DM, das sind ungefähr die Kosten für vier Tornados. Wenn man nur auf vier der insgesamt gewünschten 32 Tornados verzichten würde, dann käme das 300.000 Frauen und ihren Kindern zugute. Aber auch für die Regierung Kohl/Genscher gibt es eben wichtigeres als den Frie-

den...

Zu allem Übel müssen sich die Frauen auch noch von den Politikern verhöhnen lassen. Und wie immer, wenn die Schwarzen in Bonn Sozialleistungen abbauen wollen, werden die Betroffenen auch in diesem Fall lautlos beleidigt und beschimpft. Da wird z. B. der angebliche Mißbrauch des Mutterschaftsurlaubs beklagt, der sich darin zeigt, daß zwar fast alle den Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen, die meisten dann aber gar nicht weiterarbeiten würden. Erstens stimmt das nicht. Wie die Statistik auf dieser Seite zeigt, setzt mehr als die Hälfte der pflichtversicherten Frauen ihre Berufstätigkeit fort. Zweitens ist der Mutterschaftsurlaub ja schließlich keine milde Gabe, die Kohl, Lambsdorff usw. aus ihrer Tasche bezahlen, sondern eine Sozialleistung, die aus unseren Steuergeldern bezahlt wird. Und Steuern haben schließlich

auch die Frauen gezahlt, die nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs nicht mehr weiterarbeiten wollen oder können. Und drittens sind diese Klagen auch deshalb die pure Heuchelei, weil die damalige sozialliberale Koalition auf dem Hintergrund der Frauenarbeitslosigkeit mit dem Mutterschaftsurlaub u. a. gerade beabsichtigte, junge Mütter für eine gewisse Zeit aus dem Betrieb herauszuholen, damit sie sich daran gewöhnen und dann ganz zu Hause bleiben, um so den „Arbeitsmarkt zu entlasten“, wie es so schön heißt. CDU/CSU-Abgeordnete waren damals mit einem alternativen Gesetzentwurf noch viel weiter gegangen: Sie wollten überhaupt nur solchen „deutschen (!) berufstätigen jungen Müttern Geld zahlen, die ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden!“

Diese grundsätzliche Gegnerschaft von CDU/CSU gegen den Mutterschaftsurlaub als besondere Unterstützung für die berufstätige Mutter, die sich damals bei der Einführung des Mutterschaftsurlaubs im Jahr 1979 sehr massiv äußerte, ist natürlich auch heute nicht vom Tisch. Darüber darf auch die Opposition von Franz Josef Strauß gegen die Pläne der Regierung, die allgemein Überraschung ausgelöst hat, nicht hinwegtäuschen. Ihm geht es um persönliche Sympathiewerbung, aber sicher auch darum, den Mutterschaftsurlaub nicht so plump, sondern etwas raffinierter zusammenbraut, wenn der jetzt geplante Angriff der Regierung auf den Mutterschaftsurlaub nicht zurückgeschlagen wird, macht unter anderem das berühmte Papier zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Haimo George, Vorsitzendem



## Mutterschutz in anderen Ländern

### Schweden

In Schweden gibt es einen Mutterschutz von 90 Tagen vor der Geburt des Kindes. Nach der Geburt besteht Anspruch auf einen sechs Monate dauernden Elternurlaub bei Fortzahlung von 90 Prozent des Gehalts. Außerdem haben beide Elternteile Anspruch auf einen zusätzlichen dreimonatigen Urlaub, der bis zum achten Lebensjahr des Kindes genommen werden kann.

### Italien

In Italien gibt es fünf Monate voll bezahlten Mutterschutzurlaub — drei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt. Anschließend kann bis zu einem Jahr mit kürzerer Arbeitszeit gearbeitet werden. Den zweimonatigen Urlaub nach der Geburt des Kindes kann auch der Vater in Anspruch nehmen.

### Österreich

In Österreich gibt es einen sogenannten Karenzurlaub von 12 Monaten mit Arbeitsplatzgarantie. Das Entgelt beträgt etwa 560 DM (Stand 1982, das Karenzgeld ist dynamisiert). Alleinstehende Mütter haben Anspruch auf eine dreijährige Sondernotstandshilfe, die höher ist als das normale Karenzgeld.

## Frauen gegen Sozialabbau

unter diesem Motto ruft der DGB für den 18. September zu einer bundesweiten Demonstration nach Bonn auf. Tatsächlich ist es höchste Zeit für den organisierten gewerkschaftlichen Widerstand gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung. Denn was die Bonner Regierung bei den Renten, beim Mutterschaftsurlaub, beim § 218 usw. an Änderungen plant, das bedeutet den Frontalangriff auf alles, was sich die Frauen in- und außerhalb des Betriebes in den letzten Jahren an Verbesserungen mühsam erkämpft haben.

## Mutterschaftsurlaub — praktisch alle berufstätigen Frauen brauchen ihn dringend

Die Tabelle zeigt, daß der Mutterschaftsurlaub von über 80 Prozent der anspruchsberechtigten Frauen in Anspruch genommen wird. Daß es nicht noch mehr sind, liegt vor allem daran, daß der Höchstsatz von 750 DM für viele — z. B. alleinerziehende Mütter — zu niedrig ist, sie also gezwungen sind, sofort nach der Mutterschutzfrist wieder zu arbeiten. Ein weiterer Grund dürfte darin lie-

gen, daß vor allem Frauen in kleineren Handwerksbetrieben „überredet“ werden, auf den Mutterschutzurlaub zu verzichten. Weiter ist anzunehmen, daß relativ viele arbeitslose Frauen den Mutterschaftsurlaub nicht in Anspruch nehmen. Die Tabelle zeigt weiter, daß über die Hälfte der Frauen, die den Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen, anschließend weiterarbeiten. Ein Grund

dafür, warum viele Frauen aufhören, liegt auf der Hand: für 6 Monate alte Kinder gibt es praktisch keine öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten, von dem Druck der öffentlichen Meinung, dem Frauen ausgesetzt sind, die Kinder in diesem Alter nicht selbst ganztags betreuen, ganz zu schweigen. Sie hören also auf, weil der Mutterschaftsurlaub zu kurz ist!

## Mutterschaftsfälle je 1000 der pflichtversicherten Frauen

Landesverband Bundesverwaltungskasse	Mutterschaftsfälle 1980*	davon Mutterschaftsurlaubsfälle	vorzeitige Beendigung des Mutterschaftsurlaubes wegen Arbeitsaufnahme	vorzeitige Beendigung des Mutterschaftsurlaubes wegen Berufsaufgabe	fristgemäße Beendigung des Mutterschaftsurlaubes mit Tätigkeitsaufnahme	fristgemäße Beendigung des Mutterschaftsurlaubes mit Tätigkeitsaufgabe
Nordmark	20,1	18,9	0,8	0,1	7,6	10,4
Niedersachsen	29,9	27,6	0,6	0,1	16,5	10,4
Bremen	24,1	19,8	0,4	—	6,7	12,7
Nordrhein-Westfalen	30,6	26,7	0,5	0,1	9,8	16,3
Hessen	28,8	26,5	0,4	—	14,4	11,7
Rheinland-Pfalz	32,7	32,1	0,5	0,3	14,6	16,7
Baden-Württemberg	41,7	35,9	0,8	—	22,1	13,0
Bayern	39,5	34,6	1,3	0,3	20,7	12,3
Berlin	27,2	24,2	0,4	0,4	11,3	12,1
Bundesverkehrsministerium	15,7	15,1	—	—	3,8	11,3
Bundesbahn-BKK	20,1	17,8	0,2	—	7,7	9,9
Bundespost-BKK	12,1	10,2	0,2	—	6,1	4,0
Insgesamt	29,3	25,7	0,5	0,1	13,2	11,9

\* nur Anspruchsberechtigte

## 110 Jahre Mutterschutz

1873 wurde der erste Mutterschutz in Deutschland eingeführt. Es wurde eine Schutzfrist von drei Wochen nach der Niederkunft eingeführt. Diese Regelung war allerdings keine gesetzliche Vorschrift. Es war auch keinerlei finanzielle Unterstützung vorgesehen — weder für die Niederkunft selbst, noch für die drei Wochen danach. 1891 wurde die Schutzfrist auf vier Wochen nach der Entbindung verlängert.

1906 wurde zum ersten Mal eine Schutzfrist — von zwei Wochen — vor der Entbindung eingeführt.

1927 wurde ein Mutterschutzgesetz eingeführt, das bestimmte Schutzbestimmungen für die schwangere arbeitende Frau vorsah und eine Schutzfrist von acht Wochen. Ab 1929 erhielt sie in dieser Zeit eine finanzielle Unterstützung durch die Krankenkassen von 75 Prozent des Grundlohns.

1952 wurde das Mutterschutzgesetz erlassen, das mit gewissen Abänderungen bis 1979 galt. Es sah Schutzfristen von 6 Wochen vor und nach der Entbindung vor, Kündigungsschutz während der Schwangerschaft und vier Monate danach, bestimmte Arbeitsschutzbestim-

mungen für Schwangere und die finanzielle Unterstützung durch die Krankenkassen.

1979 wurde zusätzlich der Mutterschaftsurlaub eingeführt. Er kann von allen Frauen genommen werden, für die das Mutterschutzgesetz gilt. Er beträgt vier Monate im Anschluß an die Schutzfrist. Das Entgelt richtet sich nach dem Lohn der letzten drei Monate, beträgt maximal 750 DM und wird aus Bundesmitteln gezahlt. Für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs besteht Kündigungsschutz. Die Frauen sind in dieser Zeit beitragsfrei in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung versichert. Die gesamte Zeit des Mutterschutzes und des Mutterschaftsurlaubs wird voll auf die Anspruchszeit für die Rentenversicherung angerechnet.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-481, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abogebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



# Den Friedenskampf im Betrieb verstärken

Über die Bedeutung von und die Arbeit in betrieblichen Friedensinitiativen

In zahlreichen Betrieben gibt es betriebliche Friedenskomitees. Mehr als 100 von ihnen haben für den 11. September zu einem bundesweiten Kongreß aufgerufen (siehe Kasten auf dieser Seite). Der nachstehende Artikel soll die Haltung der KPD dazu erläutern und ein paar Tips für die praktische Arbeit geben.

• Das Politbüro der KPD hat die im Betrieb arbeitenden Genossen der Partei aufgerufen, entsprechend ihren Möglichkeiten betriebliche Friedenskomitees zu schaffen bzw. in bereits bestehenden mitzuarbeiten.

Damit wurde nicht der „Startschuß“ für derartige Aktivitäten der KPD-Genossen gegeben, etliche arbeiten schon länger in dieser Hinsicht. Aber durchaus noch nicht genug — unsere Arbeit auf diesem Gebiet muß verbessert werden. Auch, wenn wir nicht — wie manch anderer das tut — plötzlich alle Aktivitäten zugunsten des Friedenskampfes einstellen können, im Betrieb schon gar nicht. Die jeweiligen Möglichkeiten müssen also tatsächlich ernsthaft geprüft werden.

Die Begründung für den Aufruf ist klar: Wenn die Aktivitäten der derzeitigen, vor allem von kleinbürgerlichen Kreisen getragenen Friedensbewegung zur Verhinderung der „Nachrüstung“ erfolgreich sein sollen, ist es notwendig, daß sich die Arbeiterklasse wesentlich stärker in diesen Kampf einschaltet und seine Führung übernimmt. Und auch über den Zeitpunkt der Kabinetts-Entscheidung über Stationierung oder Nichtstationierung hinaus ist dies nötig, darauf werden wir noch zu sprechen kommen; hier kann ein wichtiger Anstoß dazu gegeben werden.

• Betriebliche Friedenskomitees (oder -initiativen oder wie immer sie sich nennen) sollte heißen: tatsächlicher Zusammenschluß von Kollegen und Gewerkschaftern in einem Betrieb. Überbetriebliche Komitees können sinnvoll sein, verlieren aber an Wirkung und Einflußmöglichkeiten, wenn sie sich nicht auf Standbeine in den einzelnen Betrieben stützen. Verschiedene Genossen berichteten, daß es örtlich auf DKP-Initiative solche etwas abgehobenen überbetrieblichen Initiativen gibt; ihre Bildung fällt der DKP oft bereits über ihre Mitglieder und den engen Umkreis relativ leicht. Die Verbindung sollte natürlich immer gesucht werden.

• Die Bildung betrieblicher Komitees darf nicht von der Zustimmung „der Gewerkschaft“ abhängig gemacht werden. (Die Anführungsstriche stehen da, weil die Gewerkschaft in dieser Frage durchaus nicht geschlossen auftritt. Breits Abwiegel ist auch nicht in allen Gremien und bei allen Funktionären populär.) Es muß aber unbedingt versucht werden, Gewerkschafter und Gewerkschaftsgremien zur Mitarbeit und aktiven Trägerschaft solcher Initiativen zu gewinnen.

Allen Anwürfen von rechts, hier handle es sich um gewerkschaftsfeindliche, bzw. gegen die gewerkschaftlichen Friedensaktivitäten gerichtete Initiativen, ist so daß Wasser abzugraben. (Einen solchen reaktionären Vorstoß gegen die Friedensinitiativen von Hoesch/Dortmund und anderen Betrie-

ben sowie die Konferenz am 11.9. hatten die Jusos bereits unternommen, scheiterten damit aber auch im „Koordinationsausschuß“ für die Herbstaktionen kläglich, nachdem sie von Betriebsarbeitern und Vertrauensleuten zur Rede gestellt wurden.)

Gegen die Interessen und notwendigen Ziele der Gewerkschaft verstößt derjenige, der die betriebliche und gewerkschaftliche Organisation des Widerstandes gegen Kriegsvorbereitungen boykottiert oder gar hintertreibt. Im übrigen gibt es bereits mehrere Betriebe, in denen Vertrauenskörperleitungen aktiv für die Friedensinitiativen arbeiten. Es gibt auch direkt gewerkschaftliche Betriebskomitees („Gewerkschafter für den Frieden“ u.ä.); hier muß man dann darauf achten, daß sie wirklich offen sind.

durchaus möglich ist.

• Aktuellste Aufgabe betrieblicher Friedensinitiativen im Kampf gegen die Raketenstationierung: Vorbereitung des „Tages der Betriebe“ im Rahmen der Oktober-Friedenswoche am 19.10. Anknüpfungspunkt ist der zur Zeit recht breit diskutierte Vorschlag Franz Steinkühlers, an diesem Tag bundesweit in den Fabriken, Verwaltungen, Verkehrsbetrieben für zehn bis 15 Minuten die Arbeit niederzulegen. Wir haben immer die Idee eines Generalstreiks unterstützt und tun dies nachdrücklich auch weiterhin, aber angesichts der gegebenen Situation wird es zumindest im Oktober einen solchen Generalstreik nicht geben. Schon eine tatsächlich bundesweite Warnstreikaktion am 19.10. wäre aber unbedingt ein Erfolg, ein Schritt nach vorn, Beispiel und Ansporn für weitergehende Aktionen in Zukunft; deshalb gilt es nach Kräften daraufhinzuwirken.

• Die Vorbereitung der Beteiligung an den Großdemonstrationen der Friedensbewegung —

hängig davon, wie der Kampf gegen die „Nachrüstung“ im Herbst und Winter 1983/84 ausgeht. Denn der Kampf gegen die konkrete Kriegsvorbereitung geht in jedem Fall weiter. Und wenn auch im Moment der Widerstand gegen Pershings und Cruise Missiles im Mittelpunkt steht, ist darauf zu achten, daß die Arbeit nicht einseitig nur darauf ausgerichtet wird. Als ob damit die Frage „Krieg oder Frieden“ bereits entschieden wäre. Gelingt es dann nicht, den Beginn der Stationierung zu verhindern, dann ist die große Resignation da.

• Also: Eine längerfristige Orientierung geben, sich auf einen längeren Kampf einrichten. Was heißt das?

Das heißt zum einen, neben der Aufklärung darüber, was die vorgesehene Raketenstationierung wirklich bedeutet, verstärkt die Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen auf den Zusammenhang von Rüstungswahnsinn und Sozialabbau zu lenken. Anschauliche Beispiele wie die Anschaffung von 320 Tornados zum Stückpreis von 100 Millionen DM (insgesamt 32 Milliarden!) in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit und der Bedrohung immer weiterer Arbeitsplätze, wo angeblich kein Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Arbeitszeitverkürzung usw. vorhanden ist, gibt es in Menge.

Das heißt zum weiteren, gerade den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb die wahren Ursachen zu erklären, die zum imperialistischen Weltkrieg führen. Die im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise wachsende Kriegsgefahr mit ihren konkreten Folgen für die Bundesrepublik, die im Falle eines Weltkrieges zum zentralen Schlachtfeld würde. Um daraus überzeugend unsere Forderung abzuleiten wie die nach einem Abkoppeln von der Kriegspolitik der Supermächte, dem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, der Neutralität der BRD. Das wird nicht zu erreichen sein, ohne Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft, die stark genug sind, um beispielsweise die Kohl-Regierung aus den Parlamentssesseln zu beben.

Das heißt schließlich, wie es auch das Politbüro der KPD in seinem Aufruf an die Genossen der Partei betont, den Arbeitern die Erkenntnis zu vermitteln, „daß ein Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt, egal wer stärker ist, wer mehr oder weniger Raketen hat, wer ihn beginnt, ein imperialistischer Krieg, ein Krieg zwischen zwei Räubern um die Teilung der Beute, die Neuaufteilung der Welt ist, bei dem sie und ihre Familien die Opfer sein werden. Und daß jede Art des Widerstandes vom Warnstreik über den Generalstreik bis zum bewaffneten Aufstand dagegen gerecht und ein Akt der Notwehr ist.“ „Deshalb“, so heben die Genossen hervor, „lautet unsere zentrale Losung auch nach wie vor: Krieg dem imperialistischen Krieg!“

• In diesem Sinne wird die KPD verstärkt in den Betrieben tätig werden. Wir bitten alle Leser des „Roten Morgen“, die die Möglichkeit dazu haben, uns dabei zu unterstützen.



**Bundestreffen betrieblicher Friedensinitiativen 11. September, Dortmund-Scharnhorst, Gesamtschule**

**Schluß mit der Raketenhetze — wir brauchen Arbeitsplätze! Keine neuen Atomraketen in unser Land!**

Anmeldung und Fragen an: Hoesch-Friedensinitiative c/o Ull Schmitz, Am Richterbusch 21, 4600 Dortmund 30. Zur Kostendeckung wird von den Teilnehmern ein Betrag von 15,— DM (Auszubildende 10,— DM) erhoben.

In verschiedenen Arbeitsgruppen werden wichtige Probleme des Friedenskampfes behandelt, Erfahrungen können ausgetauscht werden. Schwerpunkte werden sein: Widerstandsformen im Betrieb, Vorbereitung des 19. Oktober; die Gründung betrieblicher Friedensinitiativen; die Kampagne für die Volksbefragung.

**Volksecho**



**Wichtig für jeden Friedenskämpfer**

Wir möchten den Lesern des „Roten Morgen“ eine Zeitung empfehlen, in der umfassend alle wichtigen Aspekte des gegenwärtigen Friedenskampfes behandelt werden: Die Sondernummer des „Volksecho“, des Mittellungsblattes der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, vom Juli 1983.

„Friedenskampf 1983: Die Nachrüstung verhindern! Den Protest zum Widerstand machen!“ — Unter diesem Titel steht dieses Heft, das einen Beitrag des Vorstandsmitgliedes Rainer Zimny für die Diskussion im Volksfront-Vorstand enthält.

Alle wesentlichen Fragestellungen, die heute in der Friedensbewegung auftauchen, werden angesprochen. Die Frage der Kampfziele — z.B. warum es wichtig ist, den Kampf gegen die „Nachrüstung“ jetzt in den Vordergrund zu stellen, warum es aber nicht dabei bleiben darf und worum es darüberhinaus geht — ebenso wie die der Kampfformen — gewaltloser Widerstand, Blockaden, Streiks... „Widerstand aus den Betrieben heraus“, „Bündnispolitik“, „Kampagne ‚atomwaffenfreie Zonen‘“, „Einflußnahme auf die Bundesregierung“, „Antimperialismus und Solidarität“, „Widerstand an den Stationierungsorten“, „Ziviler Ungehorsam“, Blockadeaktionen“, „Perspektive über 1983 hinaus“ — Diese Kapitelüberschriften verdeutlichen die Bandbreite der behandelten Themen und die Gründlichkeit dieses Diskussionsbeitrages, der wirklich von Interesse für jeden ist, der sich für den Friedenskampf interessiert und erst recht für jeden, der aktiv darin engagiert ist.

Einen Leitgedanken seiner Arbeit formuliert der Verfasser so:

„So konkret und umfassend, wie die Vorbereitungsmaßnahmen der USA und der NATO für einen Krieg in Europa oder von Europa ausgehend, so konkret und umfassend muß auch der Friedenskampf in seiner Zielsetzung und Orientierung sein. Und da weder USA, NATO noch Bundesregierung allein auf die Atomrüstung setzen, darf die Friedensbewegung dies auch nicht tun. So wie die neuen Mittelstreckenraketen nur ein Punkt in der amerikanischen und NATO-Kriegsführungsstrategie sind, so sollte sich auch die Friedensbewegung nicht auf den Kampf gegen die Atomwaffen beschränken. Neben dem Kampf gegen die atomare Aufrüstung in Richtung „Erstschlagfähigkeit“ wird v.a. zweierlei in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen (müssen):

• die geplanten konventionellen Aufrüstungsmaßnahmen in Richtung eines „Präventivangriffs“, die Milliarden verschlingen werden (Aufrüstung und Sozialabbau)

• die mit der Ausweitung des NATO-Interessengebietes einhergehende Aggression und die daraus resultierenden Gefahren eines großen Krieges. (Wie schnell könnte z.B. ein Krieg im Nahen Osten oder anderswo zum Anlaß für einen Weltkrieg genommen werden?)

Kurz: Wir treten ein für eine Ausweitung der Anti-Atomwaffen-Bewegung zu einer Anti-Kriegs-Bewegung! Damit es nicht allein heißt: Sag nein zur Bombe sondern: Sag nein zum Krieg!

Das schließt ein, daß die Friedensbewegung zu stattfindenden oder drohenden Aggressionen Stellung bezieht und dabei besonders die Rolle der NATO, der EG und der BRD bzw. der Bundesregierung herausstreichen, sowie geeignete Gegenaktionen organisieren muß.“

Das „Volksecho“ kann zum Stückpreis von 50 Pfennig bestellt werden bei der Volksfront-Geschäftsstelle, Marienhilfsstraße 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362.



Erfahrungsgemäß kann es in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten mit Genossen der MLPD — sofern im Betrieb vorhanden — geben, weil bei ihnen die Tendenz sehr stark ist, überhaupt keine Rücksicht auf die Gewerkschaft und auf Gewerkschafter, die nicht von vornherein ohne die Gewerkschaft zu arbeiten bereit sind, zu nehmen. Das kann zur relativen Isolierung führen, auch dazu, daß es plötzlich zwei Initiativen gibt, was natürlich nicht wünschenswert ist. Diese Tendenz wird gefördert durch die auch in der „Roten Fahne“ vertretene Theorie, die etwas vereinfacht ausgedrückt jedes Engagement führender Gewerkschafter bzw. Gewerkschaftsorganisationen in der Friedensbewegung nicht nur mit Mißtrauen beobachtet, sondern generell unterstellt, das diese dazu, dem Kampf die Spitze abzubringen, es also eigentümlich lieber sehe, das ganze lief prinzipiell unabhängig von der Gewerkschaft. Eine haltlose Überspitzen der Theorie von der „selbständigen Kampfführung“, die zum Sektierertum führt. Hier muß man versuchen, in der solidarisch zu führenden Auseinandersetzung korrigierend einzugreifen, was — auch das zeigen die Erfahrungen —

dazu hat der DGB seine Mitglieder ja auch aufgerufen — gehört natürlich auch dazu. Ebenso vorher Aktionen zum Antikriegstag, zu dem es ebenfalls eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Aktivitäten geben wird.

• Der 11. September mit dem Kongreß in Dortmund-Scharnhorst ist ein wichtiges Datum für alle betrieblichen Friedensinitiativen. Auch ganz neue Gruppen sollten unbedingt hinfahren, Erfahrungen austauschen, an den Arbeitsgruppen und der Diskussion über die weiteren Perspektiven der Arbeit teilnehmen.

• Für die Volksbefragung über die Raketenstationierung muß gerade in den Betrieben mobil gemacht werden, gewerkschaftliche und betriebliche Gremien usw. müssen dazu gebracht werden, diese Forderung an den Bundestag zu richten. Auch dafür müssen sich betriebliche Friedenskomitees einsetzen und die Kolleginnen und Kollegen, die sie erreichen können, für diese Forderung gewinnen.

• Wie anfangs schon angesprochen, kann mit der Bildung betrieblicher Initiativen, mit der Organisation des Friedenskampfes aus dem Betrieb heraus ein Signal gesetzt werden auch für die längere Zukunft, unab-



## Korrespondenz aus Bremen

# Das „wirtschaftliche Krankenhaus“ — Horrorbild für Personal und Patienten

Die ÖTV organisiert seit einiger Zeit eine Kampagne an den Krankenhäusern, die sich mit den dortigen Arbeitsbedingungen und den entsprechenden Auswirkungen auf die Patienten befaßt. Die Korrespondenz einer Genossin aus Bremen, die wir hier abdrucken, weist eindringlich am Bremer Beispiel nach, wie wichtig es ist, hier Widerstand zu leisten.

Der 12. Deutsche Krankenhaustag Anfang Juni in Düsseldorf bescherte uns, dem Pflegepersonal der Kliniken und auch den Ärzten einen Appell des Bundespräsidenten: „mehr Flexibilität, mehr Humanität, mehr Menschlichkeit“.

Über das Gesundheitswesen bei uns kann man sicher allerdings lange streiten. Das Überhandnehmen an Apparaten, Medikamenten, die ungenügende Versorgung und nicht zuletzt die steigenden Kosten. Bei all diesen Fakten ist durchaus einleuchtend, daß mit Humanität und Menschlichkeit immer weniger gerechnet werden kann. Und das geht nicht zu Lasten des Personals.

Wie sieht es z. B. in Bremen aus?

Schon seit 1979 gibt es Streit zwischen den Krankenkassen und dem Senator für Gesundheit und Umweltschutz. Die Pflegesätze sind zu hoch! Die Kassen sind nicht bereit, den vollen Pflegesatz zu tragen. Also muß der Senat den Differenzbetrag aus seinem Budget ausgleichen. Da aber gähnt ein immer größeres Loch.

Differenzbeträge	
1979	ca. 6 Mio
1980	ca. 35 Mio
1981	ca. 77 Mio

Wie überall in den Kassen, wo wir alle ständig Gelder (Beiträge, Steuern usw.) einzahlen, die auch noch (in letzter Zeit ganz schön) erhöht werden. Ja, wo bleibt denn das Geld? Man sollte doch nicht etwa glauben, daß die Versicherungen (in diesem Fall die Krankenkassen) Profite machen?

Aber klar ist doch mal, daß das Gesundheitswesen aus oben zitierter Menschlichkeit auch nichts mit Profiten zu tun haben darf — sonst bleibt die Menschlichkeit nämlich auf der Strecke. Die, des Gesundheitssystems (soweit überhaupt noch vorhanden) und mit der Zeit auch die des Pflegepersonals gegenüber den Patienten — wegen Überforderung, Streß usw.

Die Dienstplanerstellung ist schon jetzt (Urlaubszeit) besonders schwer. Hinzu kommen Kollegen, die krank sind oder im Mutterschutz. Jede Station hat immer eine gewisse Fehlquote. Die Auszubildenden in der Krankenpflege erhalten teilweise den Stationsbetrieb wesentlich mit aufrecht. Die Ausbildung läuft eher nebenher als planmäßig. (Das ist natürlich von Station zu Station unterschiedlich. Das liegt auch am Einzelengagement der Examinierten.) Es ist durchaus keine Seltenheit, daß der Spätdienst (ein sehr ungeliebter) von einer Examinierten und zwei oder drei Auszubildenden gemacht wird.

Was die examinierte Kraft macht, ist klar: Kurven, Spritzen, Anweisungen und damit ist sie in der Regel auch schon ausgiebig beschäftigt. So bleibt also die Pflege der Patienten, ein durchaus nicht unwichtiger Teil der Arbeit in der Klinik, bei den Auszubildenden hängen. Schlimm für die Lernenden und für die Patienten.

Doch damit befassen sich die Krankenkassen und der Senat nicht näher. Nein, sie bekommen nur einen höllischen Schreck wegen der Finanzen.

Der Senator stellte sich auf die Hinterbeine, schimpft und läßt die Sache vom Gericht klären. Das klärt immer noch, während die Klassen und der Senat übereinkommen, eine Wirtschaftsprüfung durchführen zu lassen. Ausgesucht wird Ernst & Whinney aus Frankfurt.

Eine Rationalisierungsfirma! Schon regen sich Proteste. Wo denken die hin! Unerhört in Kliniken prüfen auf Wirtschaftlichkeit! Es gab Ärger. Zu „guter Letzt“ stimmte der Gesamtpersonalrat (GPR) zu. Es sollte dazu allerdings eine Dienstvereinbarung zwischen dem GPR und dem Gesundheitssenat getroffen werden. Worüber? Über die Konkretisierung der Bedingungen zur Durchführung der Untersuchung.

Ich greife einige Punkte heraus, die mit Verlauf und Abschluß der Wirtschaftlichkeitsprüfung als Farce dastehen.

**Punkt 3:** „Prüfungsauftrag ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei Erhaltung oder Steigerung der Leistungsfähigkeit der Kliniken“ — von Steigerung wollen wir mal gar nicht reden und mir und allen meinen Kollegen geht es darum, daß Leistungsfähigkeit mit optimaler Betreuung der Patienten gemeint ist!

**Punkt 5:** „Bei den Beurteilungsgrundlagen für die Untersuchungen im Personalbereich sind die konkreten Verhältnisse der jeweiligen Klinik zu berücksichtigen“ — wie die das gemacht haben, möchte ich wissen!

Was sind die konkreten Verhältnisse? Es ist durchaus möglich, das wochenlang auf einer Station eine ziemlich ruhige Kugel geschoben wird. Aber das ändert sich manchmal schlagartig. Ehe du dich versiehst, hast du auf der „Inneren“ pflegebedürftige alte Menschen und auch noch Intensivpatienten.

Und bedeutet diese „konkrete“ Berücksichtigung z. B., daß im St.-Jürgen-Krankenhaus (mit vielen dezentralen Gebäuden) die dezentralen Aufnahmen weggelassen sollen? Eine zentrale Aufnahme und noch eine in der Kinderklinik gibt es dann. Das bedeutet bei 35527 Aufnahmen pro Jahr (Zahlen von Ernst & Whinney) eine unermessliche Wartezeit bei der Aufnahme für die Patienten.

**Punkt 7:** „Bestehender Stellen- und Personalmangel ist zu ermitteln und darzustellen“ — Auf der Station, auf der ich zuletzt arbeitete, wurden schon ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung im Zeitraum von nur zwei Jahren 21/4 Planstellen gestrichen. Nach Abschluß der Untersuchung steht nun wohl fest, daß in der St.-Jürgen-Klinik allein schon 183,5 Stellen im Pflegedienst gestrichen werden. (Die Zahlen wurden am 21.5. bekannt). Hinzu kommen noch zig Stellen in allen Bereichen der Klinik, von den Ärzten bis zum

Hauspersonal, insgesamt 606,4! Und jetzt kommt was Tolles!

**Punkt 12:** „Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz hält an seiner Politik der Qualifizierung und Förderung des Krankenpflegepersonals fest“ und in Punkt 14 wird ausdrücklich erklärt, daß die Auszubildenden in der Krankenpflege nicht auf dem Stellenbedarf angerechnet werden sollen! — Diese Absichtserklärung rührt ja. Nur, steht jetzt schon ziemlich sicher fest, daß die Auszubildenden dank dieser Wirtschaftlichkeitsprüfung auf dem Stellenplan angerechnet werden. Das würde bedeuten, daß auf eine examinierte Kraft drei Auszubildende kommen. Allein für Bremen-Ost bedeutet das schon eine Planstellenkürzung von 40!

Warum diese Dienstvereinbarung getroffen wurde, weiß

der Teufel! Vielleicht, um die Personalrate ruhig zu halten.

Was wird das alles für die Patienten bedeuten?

Stellen wir uns doch mal vor: Ein Patient bekommt zu seinem Schlaganfall, der schon einige Zeit zurückliegt, ihm aber eine Halbschlämmlähmung hinterläßt und die daraus resultierende Hilflosigkeit, zunehmend Herzbeschwerden wegen einer Herzinsuffizienz. Dieser Mensch ist voll pflegebedürftig aus seiner physischen und psychischen Situation heraus.

Und nun stellt euch mal eine „Innere“ vor im Spätdienst mit einer Examinierten und drei Auszubildenden. Alle eifrig und gutwillig aber voller Unkenntnis und Unsicherheit.

Wir könnten diese Szenen für jede beliebige Station durchspielen. Also, den Patienten, die zukünftig ins Krankenhaus

kommen, blühen, zumindest in den Bremer Kliniken, wenn die Wirtschaftlichkeitsprüfung ihre Folgen zeigt, eine zunehmend unqualifizierte Betreuung. Das Personal ist überfordert. Die Auszubildenden aus Unkenntnis und Unsicherheit, die Examinierten, weil sie der Verantwortung für den reibungslosen Stationsablauf (Pflege, Bürokratie) und Ausbildung tragen. Da bleibt natürlich was auf der Strecke — die Pflege der Patienten und die Ausbildung der zukünftigen Krankenschwestern und Pfleger. Das da überreizte, nervöse Pfleger und Schwestern rumlaufen, ist nur logisch.

Konkret:

• hygienische Arbeitsweise wird außer Acht gelassen, Folge: Die Bakterien und Keime feiern fröhliche Urständ! Es besteht die Gefahr der zusätzlichen Erkrankung.

• Das Füttern und Zeidruck wird zum ungeduldigen Reinstopfen, Folge: Gefahr des Verschluckens, na, und wer läßt sich schon gerne wie eine Weihnachtsgans stopfen?

• Dekubitusprophylaxen werden, wenn überhaupt, nur hopp, hopp gemacht, Folge: Die Patienten liegen sich wund, die

Haut entzündet sich und bereitet zusätzlich Schmerzen und Komplikationen.

• Die Weckzeiten werden vorverlegt (schon jetzt zum Teil um 3 Uhr!), Folge: gestörte Nachtruhe = gestörte Genesung.

Ganz davon abgesehen, daß die psychische Betreuung total vor die Hunde geht. Desorientierte, unruhige, traurige Patienten vegetieren psychisch vor sich hin. Betreuung von Kindern fällt natürlich genauso flach — aber es ist unbedingt notwendig, daß die Patienten sich einigermaßen wohlfühlen, um gesund zu werden.

Wir sind schon jetzt machmal sehr froh, wenn die Angehörigen uns die Betreuung ein wenig abnehmen.

Dazu besteht natürlich die Gefahr, daß zunehmend Beruhigungsmittel eingesetzt werden. Wie gefährlich das ist, hat ja die letzte öffentlich geführte Diskussion in den Medien hinlänglich klargemacht.

Das Gesundheitssystem hat schon reichlich Mängel an Menschlichkeit. Machen wir uns auf die Beine und sehen zu, daß der „Unmenschlichkeit“ nicht die Krone aufgesetzt wird.

Eine Auszubildende in der Krankenpflege

## Presseinformation der IG Metall/Hamburg

# IGM-Vertrauensmann bei AEG in Hamburg erneut gekündigt

**AEG-Telefunken-Konzern geht zum zweiten Mal das Risiko ein, für jeden Tag der Nichtbeschäftigung des IG-Metall-Vertrauensmannes Uwe Zabel 500,— DM Strafe zu bezahlen**

Zum zweiten Mal innerhalb des letzten Jahres kündigt die AEG-Telefunken, Anlagen und Industrietechnik AG, Fachbereich Schiffbau, Flugwesen und Sondertechnik den IG-Metall-Vertrauensmann Uwe Zabel, diesmal wegen Arbeitsmangel, und weigert sich, ihn trotz Widerspruch des Betriebsrates zur Kündigung weiter zu beschäftigen.

Bereits 1981 ließ sich die AEG die erste Kündigung des Kollegen Uwe Zabel (26) und die Nicht-Weiterbeschäftigung nach der ausgesprochenen Kündigung trotz Arbeitsgerichtsentscheidung das Risiko kosten, einige Wochen 500,— DM pro Tag der Nichtbeschäftigung zu zahlen, um sich das — der AEG besonders — unliebsamen Gewerkschafters zu entledigen. Zabel hatte gegen seine Kündigung beim Arbeitsgericht Hamburg geklagt und das Gericht hatte die AEG rechtskräftig verurteilt, Zabel zu unveränderten Bedingungen an seinem Arbeitsplatz weiterzubeschäftigen.

Erst auf dem Wege der Zwangsvollstreckung (500,— DM Geldstrafe pro Tag der Nichtbeschäftigung — ersatzweise Haft für den Vorsitzenden Dipl. Ing. Joost Freiherr von Wrangel) und einem großen Echo in der Presseöffentlichkeit konnte Zabel mit Unterstützung der IG Metall durchsetzen, daß er weiterbeschäftigt wird.

So wurde er Dezember 1981 bei der AEG — allerdings in einem abgelegenen Werksteil, der Hafenservice (A44) im Freihafen — weiterbeschäftigt. Vorher war Zabel als Feinmechaniker in einem der Hauptwerke der Hamburger AEG in Wedel/Industriestraße beschäftigt.

Uwe Zabel, der während seiner Ausbildung (1976 bis 1979) Jugendvertreter, Vertrauens-

mann und Mitglied der Vertrauenskörperlleitung der IG Metall war, wurde nun erneut zum 30. Juni 1983 gekündigt.

Dies offenbar auch, weil die AEG auch in der zweiten Instanz des Urteils von 1981 keine Chance sieht, Zabel loszuwerden. Das Verfahren beim Landesarbeitsgericht Hamburg ist noch nicht abgeschlossen.

Die neue Kündigung wurde diesmal mit „Arbeitsmangel“ aufgrund der Schiffbaukrise begründet.

Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörper bei AEG in Hamburg hatten gegen diese und weitere geplante 202 Kündigungen energischen Widerstand geleistet. So konnte nachgewiesen werden, daß die AEG z. Zt. 130 offene Stellen in Hamburg und Schenefeld/Wedel hatte. So konnte für die beantragten 62 Entlassungen auf den Baustellen HDW und Blohm + Voss und der Hafenservice Station bei AEG erreicht werden, daß ein Großteil der Kündigungen zurückgenommen werden mußten. Nur wenige Kündigungen — u. a. die von Zabel — wurden von der AEG vollzogen, obwohl der Betriebsrat auch hier nach § 102 BetrVG der Kündigung widersprochen und acht Ersatzarbeitsplätze bei der AEG nachgewiesen hatte, auf die auch Zabel hätte versetzt werden können. Die AEG hält daran fest, daß die erneute Kündigung mit der früheren aus persönlichen Gründen nichts zu tun hätte und die Tatsache, daß Uwe Zabel ledig — auch keine Kinder zu versorgen hätte — von der AEG bei der sozialen Auswahl richtig bewertet worden ist. Dabei wird von den AEG-Herren bewußt der gesetzliche Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102, Abs. 5 BetrVG verkannt.

Am 1. Juli bot Uwe Zabel

ordnungsgemäß im Beisein eines Betriebsratsmitglieds seine Arbeitskraft an, diese wurde schroff zurückgewiesen. Außerdem wurde ihm erklärt, er würde sich strafbar machen, nämlich Hausfriedensbruch begehen, wenn er weiterhin versuche, das AEG-Werksgelände zu betreten.

So mußte der DGB-Rechtssekretär, Hagen Helms, erneut über einen Hamburger Gerichtsvollzieher die Zwangsvollstreckung betreiben, um die Weiterbeschäftigung von Uwe Zabel bei der AEG durchzusetzen. Bleibt die AEG hartnäckig — wie bei der ersten Kündigung — geht sie das Risiko ein, für jeden Arbeitstag der Nichtbeschäftigung nach dem Beschluß des Arbeitsgerichtes 500,— DM Beugstrafe zu leisten.

Das Arbeitsgericht hatte vorsorglich auch beschlossen: „Für den Fall, daß das Zwangsgeld nicht beigetrieben werden kann, wird Zwangshaft gegen den Vorsitzenden des Vorstandes der AEG, Dipl. Ing. Joost Freiherr von Wrangel, angeordnet.“

Zabel ist nicht der einzige Fall, bei dem sich die AEG-Telefunken versucht, hier besonders unliebsam erscheinender Gewerkschafter zu entledigen. Der Entwicklungsingenieur Robert Sadowski (32), Mitglied der Vertrauenskörperlleitung der IG Metall bei A4 in Hamburg, wurde ebenfalls zum 31.3.1983 gekündigt. Er sollte aber schon ab 1.1.1983 das Werk verlassen. Auch in diesem Fall entschied das Arbeitsgericht Hamburg, daß die AEG ihn weiterbeschäftigen muß, wie es gesetzlich im Betriebsverfassungsgesetz vorgeschrieben ist. (§ 2, Abs. 5 BetrVG) Auch hier hatte der AEG-Betriebsrat ordnungsgemäß der Kündigung widersprochen.

Diese Entscheidung, die von der AEG angefochten wurde, hat das Landesarbeitsgericht am 30. Mai 1983 ausdrücklich bestätigt.

Seit Februar 1983 ist Sadowski wieder bei der AEG. Nur beschäftigt wird er nicht. In einem Büro allein sitzend wurde ihm als „Arbeit“ aufgetragen, einzig sich dort acht Stunden täglich aufzuhalten und Fachzeitschriften zu studieren. Sadowski unterliegt einer scharfen Kontrolle seiner „Arbeits“-Zeit, unter Einhaltung der Pausen. Nur beschäftigt wird er nicht. Auch hier wird gegen die AEG zur Durchsetzung der Beschäftigung nach der Kündigung ein Zwangsgeld in Höhe von 3000,— DM gerichtlich festgesetzt und ggf. durch den Gerichtsvollzieher vollstreckt. Für den Fall der Nichtbeitreibung des Zwangsgeldes verfügte das Arbeitsgericht, daß der Vorstandsvorsitzende für den Bereich AEG A4, Herr Dr. Müller, in Beugehaft genommen wird.

Beide Fälle zeigen die Bemühungen der AEG, zwei der aktiven Gewerkschafter bei der AEG durch Entlassungen einzuschüchtern.

Diese Fälle sind weitere Beispiele für die von der IG Metall mehrfach gerügten Schwächen des Kündigungsschutzgesetzes. Die IG Metall fordert schon seit langem die überfällige Verbesserung des Kündigungsschutzrechts, damit willkürliche Nicht-Weiterbeschäftigungen trotz ordnungsgemäßen Widerspruchs des Betriebsrats und anhängiger Kündigungsschutzklagen — ja selbst bei positiven arbeitsgerichtlichen Entscheidungen — unmöglich gemacht werden.

Gerade in der jetzigen Zeit setzt sich die IG Metall gegen alle Versuche der Unternehmer zur Wehr, Rechte von Arbeitnehmern unter Druck der wirtschaftlichen Krise zu beschneiden und abzubauen; deshalb auch diese ausführliche Presseinformation.



Aus „Frischer Wind“, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg, August 83

# Können so die Arbeitsplätze gerettet werden?

Das Gegenkonzept der IG Metall

Anfang August legte die Ortsverwaltung der IG Metall in Hamburg ihr Gegenkonzept zur Lösung der Werftenkrise und der Strategie der Kapitalisten vor. Mit diesem Konzept und den jüngsten Ereignissen bzw. „Nichtereignissen“ auf der Werft befaßt sich die Betriebszeitung der KPD in einem ausführlichen Artikel, den wir ungekürzt wiedergeben.

Jetzt, Anfang August, legte die Ortsverwaltung der IGM ihr Gegenkonzept vor. Nach Überzeugung der OV ist dies „die einzige Chance für die Kolleginnen und Kollegen bei HDW“.

Der Betriebsrat hatte bereits kurz nach Bekanntwerden des Kahlschlagkonzeptes des HDW-Vorstandes seine Forderungen aufgestellt und mehrfach bestätigt:

1. Erhalt aller Arbeitsplätze.
2. Erhalt des Handelsschiffneubaus, mindestens solange, bis Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen.
3. Öffentliche Aufträge in den Bereichen Umweltschutz, Energieversorgung, Schiffssicherheit.
4. Verkürzung der Arbeitszeit.
5. Kein Lohn- und Sozialabbau.

Außerdem wurde verlangt, daß sich die Stadt Hamburg an der HDW beteiligt und die Kaufsumme für die Sicherung der Arbeitsplätze verwendet wird. Dieses Gegenkonzept des Betriebsrates hat zur Voraussetzung, daß der Vorstand der HDW und die Anteilseigner ihr Katastrophenkonzept zurückziehen.

## Wie kann das erreicht werden?

Der bisherige Kampf hat gezeigt, daß die Anteilseigner in Kiel und Bonn skrupellos und mit aller Härte versuchen, ihre Profitvorstellungen durchzusetzen. Dem haben wir, die Belegschaft von HDW nur eines entgegenzusetzen:

- unsere organisierte Kraft;
  - der konsequente Kampf;
  - letztlich unbefristeter Streik zur Erhaltung unserer Existenz.
- Diesen Kampf vorzubereiten und zu organisieren, das ist die

Hauptaufgabe der IG-Metall-OV, des Vertrauenskörpers und auch — trotz aller rechtlichen Probleme — des Betriebsrates.

Zur Vorbereitung von Kampfaktionen gehört natürlich auch die Erarbeitung eines konkreten Gegenkonzeptes und die Ausnutzung aller rechtlichen Mittel durch den Betriebsrat.

Beides, sowohl das Gegenkonzept, wie auch die volle Ausnutzung der rechtlichen Mittel, muß sich daran orientieren, die ganze Belegschaft zusammenzuschließen, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen und schrittweise in den Kampf einzubeziehen. Losgelöst von der Einbeziehung der Belegschaft taugt weder ein Gegenkonzept noch die rechtlichen Schritte etwas. Denn nur der konsequente Kampf der Belegschaft („bis zur Betriebsbesetzung“, wie Otto Kock noch vor einem viertel Jahr auf dem Hof ausgerufen hat) kann die Voraussetzung für die Durchsetzung des Gegenkonzeptes bringen: die Rücknahme des Katastrophenkonzeptes.

## Was tut eigentlich die IG Metall?

So steht es sogar schon im „Rundblick“ Nr. 3! Was tun eigentlich die verantwortlichen Funktionäre! Mit Ach und Krach haben sie uns — von Ausnahmen abgesehen — „unterstützt“, als wir gestreikt haben und in die Innenstadt gezogen sind, aber von Organisation und finanzieller Unterstützung keine Spur (bis auf die Würstchen!).

Von der Organisation des Bürgerprotestes als Dohnanyi-Jubiläum-Veranstaltung soll hier gar nicht die Rede sein.

Und dann war völlige Sendepause — seit Ende April. Jetzt stellt sich heraus, daß die OV der IGM doch nicht untätig war — obwohl die Belegschaft nichts davon gemerkt hat; ein Gegenkonzept ist erarbeitet worden, Gespräche mit Behörden, Senatoren usw. geführt worden. Nur die Belegschaft, die einzige Kraft, die etwas ändern kann, die die Voraussetzungen für ein anderes Konzept erzwingen kann, die Belegschaft wurde drei Monate lang allein gelassen.

Was ist dran, an „der einzigen Chance“, dem Gegenkonzept der IG Metall?

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß die Kraft der Belegschaft nicht als das Entscheidende angesehen wird, die wird nur als „dabei“ angesehen, nur als Begleitmusik für die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und HDW-Vorstand.

Wie soll denn durch Verhandlungen das Unternehmenskonzept '83 gekippt werden? Der Betriebsrat hat doch gar keine rechtlichen Möglichkeiten dazu!

Nur umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nur was die Belegschaft für einen Druck erzeugen kann, nur soviel kann der Betriebsrat in Verhandlungen

festschreiben. Und erst recht nicht die Einigungsstelle mit dem Vorsitzenden Landesarbeitsrichter Baarz. Von dem erhoffen sich einige IGM-Funktionäre wahre Wunderdinge.

Er soll den Vorstand von seinem Konzept abbringen.

Er soll vom Senat Unterstützung erreichen.

Er soll das tun, was bisher nicht einmal durch unseren Streik erreicht wurde.

Dabei zeigt die Erfahrung, nicht nur mit solchen Einigungsstellenverfahren, sondern auch mit Baarz selbst, daß kein Arbeitsplatz dadurch gerettet wird.

schaft der Behörden, des Senates und des HDW-Vorstandes voraus! Und:

Diese Kollegen sollen zwar noch HDW'ler sein, aber je nach Länge einer Umschulung bzw. Fortbildung für drei bis sechs Monate, bzw. für Einzelfälle bis zu zwei Jahren erhalten sie wenig mehr als ein Arbeitslosener, nur in Ausnahmefällen bis zu 80 Prozent.

Auch diese Weiterqualifizierung und Arbeit an neuer Fertigung (Energie- und Umwelttechnik) ist davon abhängig, ob der HDW-Vorstand zustimmt und seine Kündigungspläne zurücknimmt, bzw. selbst Geld zur Verfügung stellt.

Insgesamt also muß auch hier leider festgestellt werden:

- Es liegen keine konkreten ausreichenden Zusagen vom Senat auf dem Tisch.



## Wo steht der Senat?

Und noch einen „Helfer“ hat die IGM ausgemacht, den Hamburger Senat.

Im Gegenkonzept der IGM steht sehr richtig, daß es als Grundlage darauf ankommt, den Schiffsbau bei HDW zu erhalten. D. h. aber mindestens, daß der Hamburger Senat (die Schiffbaukommission, die Bundesregierung und die Kieler Landesregierung wollen ja auf jeden Fall den Handelsschiffneubau zerschlagen) bereit ist, Schiffsbauarbeiten zu subventionieren.

Zwar hat der Senat vor der Werftenkonferenz im April erklärt, er wäre bereit, sich an HDW zu beteiligen, wenn der HSNB in Hamburg erhalten bleibt, aber auf der Werftenkonferenz wurde über HDW gar nicht mehr gesprochen und auch der SPD-Senat hat der Vernichtung von 9000 Schiffbauarbeitsplätzen zugestimmt!

Bis heute gibt es kein konkretes Stützungsangebot für die Erhaltung des Schiffneubaus bei uns. D. h. in der zentralen Frage unserer Arbeitsplätze steht auch der SPD-Senat auf der anderen Seite der Barrikade.

## Wie sieht es aus mit öffentlichen Aufträgen?

Viele, viele Vorschläge, konkret ausgearbeitet, aber wo sind die konkreten Zusagen für Aufträge an die HDW? Auch hier Fehlanzeige. Der Antrag der GAL in der Bürgerschaft wurde von der SPD-Mehrheit abgelehnt. Es gibt bis heute nur vage Absichtserklärungen. Und nur, wenn diese Pläne schnellstens vorgezogen und vorzugsweise für HDW verwirklicht würden, könnten bis zu 600 Kollegen beschäftigt werden. Allerdings setzt dies die optimale Bereit-

- Die Weiterqualifizierung bringt erhebliche Verluste für den Betroffenen und sichert seinen Arbeitsplatz allenfalls für die Zeit der Weiterqualifizierung.

## Arbeitszeit — Lohn — Soziales

Von Lohnabsicherung, von Sicherung der bisherigen Sozialleistungen und Verkürzung der Arbeitszeit ist im Gegenkonzept für HDW gleich gar nicht die Rede. Wieso?

Soll der Sozialabbau hingenommen werden? Sollen wir den abartigen Prämienlohn freiwillig hinnehmen?

Soll statt Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und Überstundenabbau bis zum völligen Überstundenstopp-Abbummeln von Überstunden treten?

Das kann doch wohl nicht wahr sein.

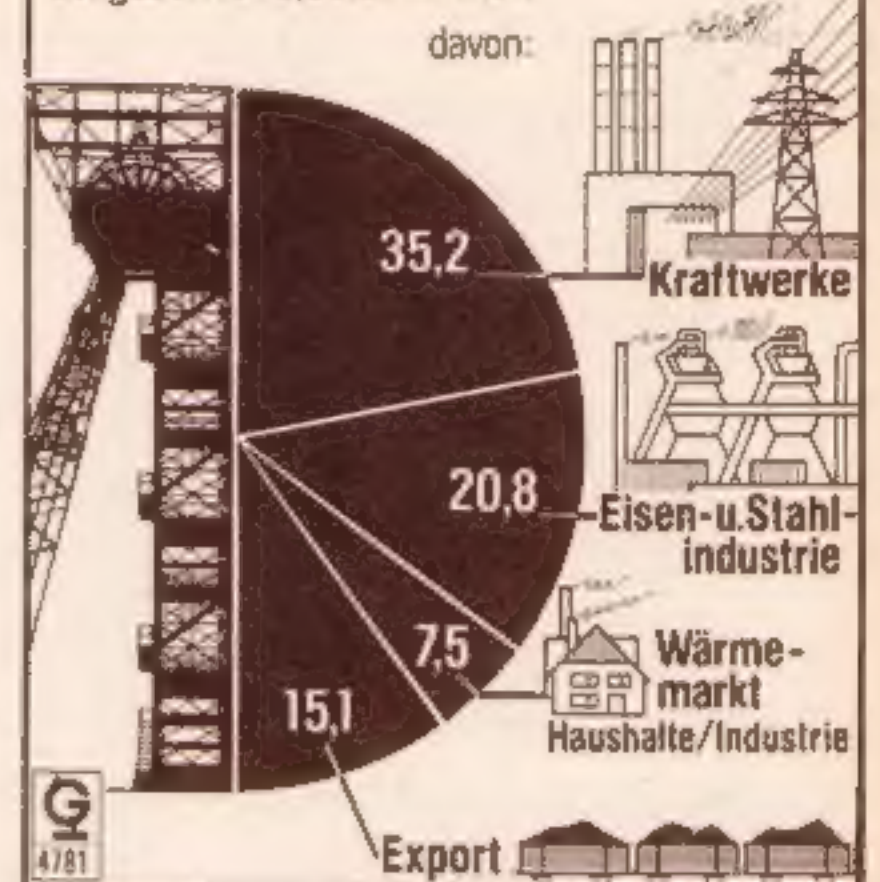
## Am Konzept des Betriebsrates festhalten!

Zur Sicherung aller Arbeitsplätze müssen wir am bisherigen Konzept des Betriebsrates festhalten. Das Gegenkonzept der IGM verwässert die klaren Forderungen, „vergißt“ wichtige ganz und orientiert auf die freiwillige Hilfe des Senates, die leider nicht zu erwarten ist.

Nicht durch Einigungsstellenvorsitzende, Gespräche und Verhandlungen sind unsere Arbeitsplätze zu sichern. Entscheidend ist die Vorbereitung und Einleitung von Kampfmaßnahmen zusammen mit den betroffenen Belegschaften in Kiel und Bremen. Entscheidend ist für uns jetzt, daß wir nicht mehr abwarten, sondern für das Konzept des Betriebsrates zur Erhaltung aller Arbeitsplätze in den Kampf treten.

## Kunden der Kohle

Absatz inländischer Steinkohle 1982 insgesamt 78,6 Mio Tonnen



Das Schaubild zeigt die große Bedeutung der Kraftwerke für den Kohleabsatz

„Bergarbeiter-Frauen gegen Zechenschließungen“ übergaben rund 70 000 Unterschriften

## Protest gegen Ruhrkohle-Vorstandspläne

Am Freitag dem 19. August führten die „Bergarbeiterfrauen gegen Zechenschließungen“ aus Dortmund und Lünen (im wesentlichen) nach Essen zur Vorstandssitzung. Dort übergaben sie die in rund zwei Monaten gesammelten 70 000 Unterschriften, die sich vor allem gegen die Schließung der Dortmund-Lüner Verbundzeche Gneisenau richteten. Die Unterschriften wurden zwar vom RAG-Chef Bund persönlich angenommen, aber es wurden noch nicht einmal Versprechungen gemacht. Nach dem 29. September, wenn in Bonn die sogenannte Kohlerunde tagt, werde man weitersehen.

Nun, die Bergarbeiterfrauen betonten richtigerweise, daß auch sie an jenem Tag in Bonn sein würden. Die Führung der IG Bergbau, die (wie berichtet) diesen Widerstand der Frauen gegen die Vorstandspläne nicht gerne sah, setzte demgegenüber, in einem Chor mit Minister Blum die Leier fort, es müßten einfach neue Absatzmärkte gefunden werden. Öl- und Kohleimporte beschränkt usw.

Zwei Dinge werden hier versucht, total aus der Debatte zu lassen. Zum einen die Tatsache, daß der größte Kohleabnehmer die Stromwerke sind, und daß es gerade hier zum fortgesetzten Niedergang aufgrund der Einführung der profitablen Atomkraftwerke kommt. Das wurde schon oft genug von linken Kritikern gesagt, von Adolf Schmidt und Co. stets sorgsam umgangen. Zum anderen die bescheidene Tatsache, daß an Schließung und Erweiterung gerade von Gneisenau die Großaktionäre der Ruhrkohle, die Stahlkonzerne schon zweimal massiv verdient haben, durch enorme staatliche Zuschüsse. Und heute wollen sie bei einer Schließung ein drittes Mal mit derselben Zeche abkassieren. „Wir reden ununterbrochen mit jenen, die uns helfen können“. So steht es in der neuesten Ausgabe der „Einheit“ vom 15. August. Gemeint sind damit Kohl, Lambsdorff und Bund. Ausgerechnet die also, die die Schließungspläne aufbrachten, bzw. ermöglichten.

Nicht ununterbrochen gesprochen wird mit den Bergarbeitern selbst — die sollen gefälligst abwarten, was bei den Gesprächen der „Experten“ herauskommt und solange weiterarbeiten.

Höchstes Ziel der Gewerkschaft sei es, die Arbeitsplätze zu sichern, so betonen all die Schmidt, Niggemeier und Alker beständig. Abgesehen davon, daß Schmidt bei verschiedenen Interviews schon durchaus andere Aussagen machte (und von

früheren Versprechungen abging) und jede Form von Widerstand (wie die Unterschriftensammlung) als Störung seiner Kreise ansieht, sollte man diese Gewerkschaftsführung an ihren nicht vorhandenen Taten messen, an der Politik, die sie einschlägt, gibt es eh nichts zu deuten.

Wie auch bei Stahl so versucht sich nun im Bergbau die SPD offensichtlich (auch wenn es dem SPD-Bundestagsabgeordneten Schmidt gegen den Strich gehen mag) als Partei zu profilieren, die den Widerstand unterstützt. Mit großem Getöse in der SPD-Presse übergab Hans Urbaniak den Bergarbeiterfrauen 10 000 Unterschriften, die die SPD gesammelt hatte. Nun sicherlich: Viele Sozialdemokraten engagieren sich ernsthaft um die Sicherung der Arbeitsplätze, gerade in der SPD-Stadt Dortmund auch höhere Parteifunktionäre. Man sollte aber dabei nicht vergessen, daß auch die SPD seither eine Politik betrieben hat, die eben nicht zugunsten des Kohlebergbaus ausfiel. Zwar wurde, entgegen verschiedenen Bestrebungen in der CDU, öffentlich an der Lösung vom „Kohlevorrang“ festgehalten. Tatsache aber bleibt, daß die AKW-Ausbau-Politik von der früheren Bundesregierung betrieben wurde. Und daß es schließlich auch und gerade im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen demnächst sieben Atomkraftwerke geben soll. Wobei versucht wird, solche Dinge wie den Hammer Hochtemperaturreaktor als Voraussetzung für weitere Kohleverarbeitung zu verkaufen.

Offensichtlich spekuliert die Führung der IGBE darauf, daß die linken, oppositionellen Strömungen in ihren Reihen, die zugegebenermaßen relativ klein sind, sich nicht trauen werden, selbständig aktiv zu werden — was aber ganz konkret, wie auch das Beispiel der Frauen zeigt, der einzige Weg ist, etwas in Bewegung zu bringen.





## Zur Vorbereitung des Volksfrontkongresses im Herbst 83

Ende November wird der nächste Kongreß der Volksfront stattfinden. Der Kongreß wird über die bisherige Arbeit der Volksfront diskutieren und die Aufgaben für die nächste Zeit erörtern und festlegen. Die vorbereitende Diskussion in der Volksfront hat bereits begonnen.

Der geschäftsführende Ausschuß des BWK und das Sekretariat der KPD haben sich bei einem Treffen darüber verständigt, daß es nützlich wäre, wenn die politischen Organisationen, die die Volksfront unterstützen, im Vorfeld des Kongresses ihre Ansicht zu diesem Thema öffentlich darlegen und diskutieren. Diese Diskussion soll im „Roten Morgen“ stattfinden. Sie wird in dieser Ausgabe mit dem zweiten Teil des Beitrags von Genossen des BWK fortgesetzt. Es folgen Beiträge von Genossen der KPD und der FAU aus Hamburg. Eine Beteiligung anderer politischer Organisationen an dieser Debatte würden wir begrüßen.

## Die Klärung einer Einheitsfrontpolitik gegen die Reaktion wird immer dringlicher

Diskussionsbeitrag (Teil 2)

### III. Tätigkeiten der Volksfront

Niemand wird behaupten, die Volksfront sei gegenwärtig die einzige Organisation einer Frontpolitik oder sie sei diejenige Organisation, innerhalb derer sich allein ein Einheitsfrontbündnis gegen die westdeutsche Reaktion wird organisieren können. Dazu hat die Volksfront vielmehr in ihrem Statut die Verschmelzung mit anderen Organisationen vorgesehen.

Aber nur, wenn die Volksfront mit den jetzt vorhandenen Kräften und unter den jetzt bestehenden Bedingungen eine Einheitsfrontpolitik gegen die westdeutsche Reaktion entwickeln, kann sie auch zur tatsächlichen Herausbildung einer solchen Einigungsbewegung gegen die Reaktion in der BRD beitragen.

Die Vorbereitung des Volksfront-Kongresses im Herbst stellt dabei die Volksfront bei der erforderlichen Präzisierung ihrer Aufgaben und der Planung ihrer Arbeit vor eine komplizierte Situation. Nicht etwa, weil das Konzept der Volksfront falsch wäre oder weil in ihrer bisherigen Arbeit größere, nicht korrigierbare Fehler unterlaufen wären, sondern weil die Lösung der richtigen Aufgabe, die die Volksfront sich gestellt hat, tatsächlich kompliziert ist.

I. Aktuell, d. h. beim gegenwärtigen Stand des Aufbaus der Volksfront, erfordert ihre Arbeit eigentlich die gleichzeitige Lösung dreier durchaus verschiedener Aufgaben:

- Konsolidierung und Aufbau der eigenen Kräfte, also Schulung und Ausbildung der Mitglieder;
- die gezielte Agitation und Propaganda gegen die westdeutsche Reaktion, also wissenschaftliche Untersuchungen und Enthüllungen der Politik und geplanten Absichten der westdeutschen Reaktion.

- Aktionen, und zwar vor allem Aktionen gegen die Faschisten, gegen ihre Propaganda, ihr Auftreten, ihre Förderung und Unterstützung durch die Reaktion.

a) Schulung und Ausbildung der Mitglieder und der an der Arbeit der Volksfront Interessierten:

Ohne eine einigermaßen befriedigende Lösung für diese Aufgabe zu finden, wird eine Volksfront keinerlei langfristig

angelegte Tätigkeit entwickeln können. Die Unterdrückung der Kenntnis historischer Tatsachen des Klassenkampfes, von Einsichten über seine Entwicklung und die Verbreitung von Geschichtslügen sind Teil der Unterdrückung der abhängigen Klassen. Wie will die Volksfront zum Aufbau einer Einheitsfront gegen die westdeutsche Reaktion beitragen, wenn sie nicht zuallererst bei der Schulung ihrer Mitglieder ansetzt? Die Volksfront will zur Einigung und Verbindung bestehender Strömungen, Organisationen, Gruppierungen gegen die Reaktion beitragen. Wie will sie das bewerkstelligen, wenn ihre Mitglieder nicht die nötigen Kenntnisse haben, um sich mit Gewinn für alle Beteiligten mit Vertretern anderer politischer Richtungen und Anschauungen zu verständigen und ihre Standpunkte aufgrund eigener Kenntnisse zu beurteilen? Kurzum, wie will man Kenntnisse verbreiten, wenn man selbst zu wenige hat?

Verschiedene Maßnahmen wurden in den Landesverbänden dazu bereits ergriffen, und es wurden Erfahrungen gesammelt,

die ausgewertet werden mußten.

Thematisch müßte eine solche Schulung und Ausbildung der Mitglieder vor allem zwei Schwerpunkte umfassen:

- „Was war und was ist der Faschismus?“

- „Untersuchung und Kritik der jetzigen Politik der Reaktion und ihrer Absichten“.

Für die Durchführung einer solchen Schulung wäre nicht so sehr ein fertiges „Schulungsbuch“ erforderlich, sondern vielmehr ein historisch und systematisch geordneter Fragen- und Themenkatalog, an Hand dessen historisches und aktuelles Material sowie theoretische Texte behandelt werden können. Gleichzeitig müßte ein solcher Katalog so angelegt sein, daß er jeweils ein Gesamtproblem in vertiefter Fragestellung behandelt. So müßten beispielsweise zu der Frage: „Was war und was ist der Faschismus?“ zu Anfang die wichtigsten historischen Fakten und Entwicklungen durchaus auch agitatorisch aufgeworfen werden. Dann müßte man weitergehen zu den Fragen der wissenschaftlichen Beurteilung

gelingt auch eine politische Schwächung der Finanz- und Monopolbourgeoisie und ihrer Politik der Reaktion, und zwar genau so weit, wie eine Zersetzung ihres Anhangs gelingt.

Also, gegen die westdeutschen Kriegsvorbereitungen wä-



rung und Unterstützung durch die Reaktion:

Der Kampf gegen Faschismus und Reaktion ist die Aufgabe der Volksfront. Die Faschisten sind der Stoßtrupp der Reaktion, und zwar in jeder Hinsicht: ideologisch, propagandistisch, in der gewaltsamen Unterdrückung der Lohnabhängigen.

Gegen die historische Erfahrung, den Faschisten als Stoßtrupp und reaktionärem Flügel direkt entgegenzutreten, hat sich in der Öffentlichkeit eine liberale Strömung breitgemacht, daß man mit Aktionen, mit Gewalt ja auch wieder nichts erreichen könne. Dabei fallen gerade hier wichtige Vorentscheidungen im Kampf gegen die Reaktion.

Aufschlußreich ist dagegen, wie die Faschisten selbst diese Frage behandeln. Der „Kampf um die Straße“ und der „Kampf auf der Straße“ wird in den einschlägigen Nazi-Schriften nicht nur als Teil der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, sondern als Mittel der politischen Propaganda behandelt. Erst durch gewaltsame Einschüchterung schwankender Elemente würde dann auch die Propaganda die nötige „Zugkraft“ erhalten. (Näheres hierzu findet sich in W. Münzenbergs Untersuchung der Nazi-Propaganda: „Propaganda als Waffe“.)

Gerade deshalb sind auch die in den letzten Jahren zunehmenden Aktionen der Gewerkschaften gegen die Faschisten von so großer Bedeutung und verdienen jede Unterstützung. Solche Aktionen gegen Faschisten werden in der nächsten Zeit mit Sicherheit in wachsendem Umfang notwendig sein. Sie erfordern gute propagandistische Vorbereitung und Unterstützung.

2. Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit der Volksfront im einzelnen:

Hierzu hat der letzte Kongreß der Volksfront Beschlüsse gefaßt, und der nächste Kongreß wird die Arbeitsplanung für die weitere Arbeit festlegen. Grob untergliedert könnte man aufführen:

- Kampf gegen die alten und neuen Faschisten;

- Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie. Hier stellt sich die Frage, welche bestimmte Aufgabe setzt sich die Volksfront im Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen und gegenüber der Friedensbewegung.

Nimmt man die Aufgabenstellung einer Frontpolitik gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie zum Ausgangspunkt der Beantwortung dieser Frage, so liegt auf der Hand: Die Volksfront müßte sich zum Ziel setzen, in der Bewegung gegen den Krieg und gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen alle Momente einer Gegnerschaft gegen die westdeutsche Bourgeoisie zu bestärken, weil nur in Gegnerschaft gegen den gemeinsamen Feind der Aufbau einer Front unterschiedlicher Kräfte, Gruppierungen und Ansichten möglich ist.

Das würde bedeuten: Kritik der westdeutschen Kriegsziele; Kritik der Kriegsplanung und Rüstungspolitik des BRD-imperialismus; Kampf gegen Nationalismus und Chauvinismus. Mit diesem besonderen Beitrag zur Entwicklung einer Einheitsfrontpolitik gegen die westdeutschen Kriegsvorbereitungen könnte die Volksfront einen qualifizierten Beitrag zur Unterstützung der Forderung nach Volksbefragung gegen den Stationierungsbeschuß leisten.

- Kampf gegen politische Un-

lung des Faschismus, der Behandlung der Theorien der wichtigsten politischen Strömungen. So könnte versucht werden, dem sehr unterschiedlichen Kenntnis- und auch Interessenstand der Mitglieder nachzukommen.

Niemand erwartet von der Volksfront, daß sie auf alles eine Antwort hat, aber sie muß sich in die Lage versetzen, die richtigen Fragen zu stellen.

b) Gezielte Propaganda, also wissenschaftliche Untersuchung und Enthüllungen der Reaktion:

Ein praktisches Beispiel aus der bisherigen Tätigkeit war dazu die Flugblattaktion mit Informationsständen gegen das Ausländerpapier der IHK.

Der Zweck dieser Art wissenschaftlicher Untersuchung und Enthüllung müßte sein, Einsichten und Ergebnisse wissenschaftlicher Kritik an der Reaktion als handgreifliche und augenscheinliche Tatsachen, als gewolltes und beabsichtigtes Ergebnis einer von handelnden Personen betriebenen Klassenpolitik der Monopolbourgeoisie nachzuweisen.

Gelingt dieser Nachweis, so

re nicht einfach zu behaupten, daß „in Wirklichkeit“ der Imperialismus nie einen Verteidigungskrieg führen kann, weil der Zweck des imperialistischen Krieges immer die Sicherung der Wirtschaftsexpansion ist. Vielmehr wäre nachzuweisen, daß die BRD einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Völker tatsächlich vorbereitet und wie sie ihn vorbereiten. Warum sie welche Waffen beschafft, wie die Soldaten zwecks Okkupation im „Osten“ ausgebildet werden, welche Planungen auf wirtschaftlichem Gebiet für die Helmhölung „des Ostens“ ins Reich bereits unternommen werden usw. usf. Daß die BRD diese Kriegsplanung und Vorbereitung in ihrer zusätzlichen Eigenschaft als NATO-Mitglied betreibt, bedarf dagegen noch kaum eines Nachweises, denn das ist erstens bekannt, wird zweitens von niemandem bestritten, sondern drittens zusätzlich von der Bundesregierung und allen staatstragenden Parteien ständig verkündet.

c) Aktionen gegen die Faschisten, gegen ihre Propaganda, ihr Auftreten, ihre Förde-



terdrückung und Lohnsenkung. Dies bedeutet, nach dem Stand der örtlichen Kräfte vor allem zu entscheiden, welche Forderungen und Aktionen von Gewerkschaften und politischen Bewegungen durch die Volksfront gezielt unterstützt werden können und wie.

• Kampf gegen die Ausländerpolitik der Reaktion. Gegen die Ausländerpolitik der Reaktion wurden durch den letzten Kongreß der Volksfront eine Reihe von Festlegungen getroffen und Tätigkeiten festgelegt, die der nächste Kongreß auswerten und fortsetzen müßte.

3. Wie könnten bei diesen Aufgaben die verschiedenen Organisationsformen der Volksfront zusammenwirken?

In etwa wäre eine gewisse „Arbeitsteilung“ in folgender Weise denkbar:

a) Zentral, also durch den Bundesvorstand, müßten vor allem die Aufgaben einer „wissenschaftlichen Untersuchung und fundierten Enthüllung der Reaktion“ koordiniert werden. Neben dem Mittel von Materialblättern und der Nutzung des „Volkschos“ wäre zu überlegen, ob zu bestimmten, genau umrissenen Fragen Arbeitsgruppen mit klarem Arbeitsauftrag eingerichtet werden können. Das alles nach dem Motto: wenig, aber gut. Man braucht sich nicht gleich Projekte wie das Braunbuch gegen den Hitler-Faschismus zum Vorbild zu nehmen, aber eine gewisse Richtung der Arbeit könnte das schon angeben. Jedenfalls, faktenreiche Broschüren oder Bücher wie etwa „Angriffsziel DDR“ in den 60er Jahren fehlen derzeit ziemlich.

Mögliche Themen hierzu: Nachweis der Planung eines Angriffskrieges durch die BRD (Kriegsziele, Kriegsplanung, Vorbereitung etc.); Erstellung eines „Gutachtens“ durch Mitglieder oder Freunde der Volksfront, die Juristen sind, über die gegenwärtigen rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Errichtung einer offen terroristischen Diktatur in der BRD und was dagegen zu unternehmen wäre.

b) Die Landesebene, also die Landesvorstände: Hier wäre zu überlegen, ob nicht die Landesvorstände sich der Frage von Schulung und Ausbildung stärker annehmen sollen. Im Bereiche eines Landesverbandes müßten sich die hierfür erforderlichen Qualifikationen in der Volksfront finden lassen.

c) Die Ortsverbände: Unterstützt durch ein Eingreifen von Bundes- und Landesvorstand würden die Bewegungsmöglichkeiten der Ortsverbände zunehmen.

Sie könnten sich dann zur Aufgabe stellen, mit dem Aufbau eines Netzes antifaschistischer Verbindungen auf Orts-ebene zu beginnen bzw. die begonnenen Schritte der Aktions-einheitspolitik auszubauen.

An vielen Orten sind die Kräfte der Volksfront nicht sehr stark. Überlegt man sich immer nur, was können wir als Volksfront Eigenständiges machen, so kommt man sehr oft zu dem Ergebnis: nicht viel. Überlegt man sich aber, wie kann die Volksfront zur Verbindung bestehender politischer Kräfte, Gruppierungen, Bestrebungen gegen Faschismus und Reaktion beitragen, so stellt sich die Sache oft ganz anders dar.

Zum Beispiel, man beginnt erst einmal mit der Erfassung von Terminen und Aktivitäten gegen Faschismus und Reaktion, man sammelt bestehende Veröffentlichungen auf Orts-ebene gegen den Faschismus — das ist oft erstaunlich viel. Dann kann man dies anderen Organisationen, Gruppen usw. zuschicken. Man nutzt die Stadt-

zeitungen, die oft froh über Stoff sind, zur Veröffentlichung. Die Zusammenarbeit mit VVN und verschiedensten antifaschistischen Initiativen läßt sich auf diesem Wege meist problemlos entwickeln.

Sodann könnte man sich die Aufgabe eines antifaschistischen Informationsdienstes stellen. Erste Schritte dazu sind Nachrichten in bestehenden Veröffentlichungen, z. B. dem Nachrichtendienst des BWK, in Gewerkschafts- und Stadtzei-tungen. Hat man diese Meldungen angefangen, so kann man sie monatlich oder zweimonatlich für die Mitglieder der Volksfront und für andere Organisationen zusammenstellen.

Diese Beispiele sollen nur einige der unseren Kräfte angemessenen Tätigkeiten auf diesem Gebiet aufzeigen.

4. Erörterung und Klärung weiterer Fragen des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion:

Als die Kommunistische Internationale die Grundsätze einer Volksfrontpolitik gegen den Faschismus entwickelte, da traf sie Festlegungen für große revolutionäre Massenparteien und für ihre Politik gegenüber anderen, bürgerlichen Arbeiterpartei-en. Die Politik der Volksfrontregierungen in Frankreich unter Leon Blum (1934), während einer kurzen Zeit des spanischen Bürgerkrieges (1936) und in Chile (1936), unter maßgeblicher Beteiligung und Unterstützung durch kommunistische Parteien, ist nur in sehr allgemeinem Sinne mit den Aufgaben und Bedingungen heute vergleichbar.

Alle damals aufgeworfenen Fragen müssen heute unter ganz anderen Bedingungen erörtert werden. Zu klären ist u. a., welche praktischen nächsten Zielsetzungen müßte eine Volksfrontpolitik heute verfolgen in der BRD. Was heißt „Verteidigung der bürgerlichen Republik“, was ja die Aufgabenstellung der historisch bekannten Volksfrontpolitik war, unter den heutigen Bedingungen. Welche Klassen und Schichten, welche Parteien und Strömungen müßte eine solche Politik umfassen bzw. umfassen können? Wie und mit welcher praktischen Perspektive stellt sich die Frage der Front gegen die Reaktion und des Kampfes für den Sozialismus heute?

In dem Maße, wie die Volksfront ihre eigene Arbeit festigt, wird sie notgedrungen über diese und andere Fragen des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion mit anderen Organisationen eine Erörterung aufnehmen. Dabei wird auch die Beurteilung der gegenwärtigen Entwicklung des BRD-Imperialismus und die Frage der Rolle des Faschismus heute von Bedeutung sein. — Dazu möchten wir abschließend drei Thesen zur Diskussion stellen:

a) Faschismus und Kampf gegen den Faschismus heute. Was meinen wir eigentlich genau damit? — Zu unterscheiden sind zumindest drei verschiedene Fragen, die in der Diskussion oft kaum zu trennen sind:

- die faschistische Ideologie und Propaganda als besondere Variante imperialistischer Ideologiebildung, ihre Kritik und Vernichtung;
- die Bildung faschistischer Organisationen und Gruppierungen bzw. der Kampf dagegen;
- der Faschismus als besondere Wirtschafts- und Staatsform der Diktatur der Bourgeoisie.

b) Die Reaktion plant den Übergang zu neuen offenen und direkten Formen ihrer Diktatur. Aller Voraussicht nach werden diese geplanten Formen einer



Super-Angebot Nr. 1

Alle Bücher zusammen für nur 50,— DM

Super-Angebot Nr. 2

Aus dem aufgeführten Sortiment vier Bücher Ihrer Wahl für 20,— DM

Am 16. Oktober 1983 begeht der Genosse Enver Hoxha seinen 75. Geburtstag. Aus diesem Anlaß bieten wir — sozusagen als Geburtstagsgeschenk an unsere Leser — die deutschsprachigen Werke des Genossen Enver Hoxha zu besonderen Werbungspreisen an.

E. Hoxhas Werke

1. Die Chruschtschowianer	Ladenpreis:	17,— DM	(Leineneinband)
2. Anglo-amerikanische Machenschaften	"	19,80 DM	(Leineneinband)
3. Eurokommunismus	"	8,80 DM	(Paperback)
4. Begegnungen mit Stalin	"	8,80 DM	(Paperback)
5. Betrachtungen über China Bd. I	"	14,— DM	(Paperback)
6. Betrachtungen über China Bd. II	"	14,— DM	(Paperback)
7. Bericht an den 8. Parteitag der PAA	"	5,40 DM	(Paperback)
8. Imperialismus und Revolution	"	9,80 DM	(Paperback)
9. Der Kampf der Partei der Arbeit Albanien gegen den Chruschtschow-Revisionismus	"	12,— DM	(Ledereinband)
10. Ausgewählte Werke Bd. I	"	23,80 DM	(Ledereinband)
11. Ausgewählte Werke Bd. II	"	23,80 DM	(Ledereinband)
12. Die Titolisten	"	16,— DM	(Leineneinband)

Sonderverkaufsaktion vom 1. September — 30. November 1983

ENVER HOXHA

Die Chruschtschowianer

ENVER HOXHA

EUROKOMMUNISMUS IST ANTIKOMMUNISMUS

ENVER HOXHA

Begegnungen mit STALIN

ENVER HOXHA

Aus dem aufgeführten Sortiment vier Bücher Ihrer Wahl für 20,— DM

1. Die Chruschtschowianer	Ladenpreis:	17,— DM	(Leineneinband)
2. Anglo-amerikanische Machenschaften	"	19,80 DM	(Leineneinband)
3. Eurokommunismus	"	8,80 DM	(Paperback)
4. Begegnungen mit Stalin	"	8,80 DM	(Paperback)
5. Betrachtungen über China Bd. I	"	14,— DM	(Paperback)
6. Betrachtungen über China Bd. II	"	14,— DM	(Paperback)
7. Bericht an den 8. Parteitag der PAA	"	5,40 DM	(Paperback)
8. Imperialismus und Revolution	"	9,80 DM	(Paperback)
9. Der Kampf der Partei der Arbeit Albanien gegen den Chruschtschow-Revisionismus	"	12,— DM	(Ledereinband)
10. Ausgewählte Werke Bd. I	"	23,80 DM	(Ledereinband)
11. Ausgewählte Werke Bd. II	"	23,80 DM	(Ledereinband)
12. Die Titolisten	"	16,— DM	(Leineneinband)

offenen Diktatur nicht die gleichen sein wie unter dem Hitler-Faschismus, und sicherlich wird ein Übergang zu solchen neuen Formen offener und direkter Diktatur der Bourgeoisie nicht genauso vonstatten gehen wie in den 20er und 30er Jahren. Der Hitler-Faschismus wurde vorbereitet durch eine Propaganda für den „nationalen Umsturz“ der bestehenden „liberalen“ bürgerlichen Ordnung, also der Weimarer Republik, die nicht zuletzt das Ergebnis einer niedergeschlagenen Revolution war.

Heute dagegen kann die Reaktion eine Mobilisierung und Sammlung zur Sicherung der „bestehenden Ordnung“ und ihrer „Errungenschaften“ be-

reiben. Kämpft man also gegen den Faschismus, so ist zu klären, wie bekämpft man die „rechtsstaatliche“ und „FDGO-gemäße“ Verschärfung der politischen Unterdrückung. Wie ist zu verhindern, daß die Reaktion selbst mit vorgeblichen Maßnahmen gegen die Faschisten und vor allem gegen „rechts und links“ zur Errichtung neuer Formen einer imperialistischen Ordnungsdiktatur greift?

c) In der BRD wird deshalb aller Voraussicht nach eine Einheitsfront- und Volksfrontpolitik nicht ohne Kritik der Verfassung und auf mittlere Sicht nicht ohne Forderungen zur Änderung der Verfassung auskommen. Hierbei tritt in der BRD der einmalige Fall auf, daß die westdeutsche Bourgeoisie eine Verfassung durchgesetzt hat, die nie auch nur von einem Hauch bürgerlicher „Demokratie“, also einer Abstimmung, befreit wurde, die aber gerade deshalb in ihren Grundbestandteilen und Paragraphen nicht mehr, auch durch keine Mehrheit, geändert werden darf.

Diese und andere Fragen kann die Volksfront mit ihrem Programm erörtern und klären. Das Interesse der beteiligten Klassen und Schichten an einer Einheits- und Volksfrontpolitik gegen die Reaktion ist die Verteidigung ihrer sozialen Interessen trotz und gegen das Privateigentum. Darin unterscheidet sich diese Verbindung von allen Bündnissen zwecks Ver-

teidigung des Privateigentums. Deshalb enthält das Programm der Volksfront ausdrücklich keine Festlegung auf das Privateigentum und die Verfassung. Das Programm der Volksfront endet mit dem Passus:

„Gegen Verschlechterung bzw. für Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werktätigen“. Damit drückt das Programm aus, daß die Verteidigung erkämpfter Rechte und der Kampf gegen Reaktion und Unterdrückung nur mit dem Ziel positiver gesellschaftlicher Veränderung und Emanzipation der arbeitenden Klassen verfochten werden kann. chc, rih (BWK)



# „Sieg Heil“, Borussia ...

Über Fußball, Nazis, Ausländerfeindlichkeit und eine Schwäche der Linken

Wenn der HSV nach Dortmund kommt, ist alles etwas anders. Die Fans des Meisters und der Borussia sind nämlich befreundet, in der Regel jedenfalls. Dennoch hat ein solcher Großkampf auch seine Schattenseiten: Wenn die Fan-Klubs „Die Löwen“ und „Borussenfront“ zusammenkommen, ist das ein besonders brisantes Gemisch.

Denn hier kann man schon nicht mehr im eigentlichen Sinne von Fan-Klubs reden: Beide Gruppen werden stark von jugendlichen Neonazis dominiert. Und die „Randalie“, die sie besonders (nicht nur) an solchen Fußballtagen machen, geht weit über den üblichen Rahmen hinaus: Politischer Terror ist ihr Geschäft, die Opfer sind vor allem Ausländer.

„Sieg Heil!“ und „Ausländer raus!“-Rufe weiß-blauer und gelb-schwarzer Fans bekamen am vergangenen Samstag denn auch die Teilnehmer einer Demonstration gegen die türkische Militärjunta und die Ausländerpolitik der Bundesregierung zu hören, die um die Mittagszeit durch den Dortmunder Norden und die Innenstadt zogen.

Aber das war nicht das Schlimmste an diesem Tag. So richtig los ging es erst, als die meisten Hamburger schon auf der Heimfahrt waren: Anhänger der Borussenfront zogen nach dem 1:2 durch die Nordstadt, überfielen das deutsch-türkische Kulturzentrum in der Stahlwerkstraße und eine benachbarte Imbissstube. Unter dem Gebrüll von Nazi-Parolen verwüsteten sie die Einrichtung, prügeln auf Wirtsleute und Gäste, schossen mit Gaspistolen. Im nahegelegenen Park wurden Türken so schwer mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Wohnung einer türkischen Familie in der Stahlwerkstraße wurde mit scharfer Munition beschossen.

Diese Verbrechen sind nur ein Glied in einer langen Kette von Gewalttaten. Seit langem ist die ausländische Bevölkerung im Norden solchem Terror ausgesetzt, der allerdings jetzt immer brutaler Formen annimmt. Und erst am Vortag, in der Nacht zum Samstag hatten etwa 40 Anhänger der Borussenfront das Lokal „Zur Tränke“ in der Ostermörch gestürmt, den Wirt bedroht, Einrichtung und Gläser zerschlagen und Geld gestohlen.

Ausgangspunkt für derartige Aktionen ist in der Regel die Gaststätte „Grobschmied“. Das ist allgemein bekannt, auch der Polizei übrigens, ebenso wie die Tatsache, daß des öfteren Neonazis aus anderen Städten anreisen, um ihren Dortmunder Kumpanen beim „Türken aufmischen“ zu helfen. Es gibt auch immer wieder vorläufige Festnahmen, aber die Nazis sind stets schnell wieder frei, statt hinter Gittern zu verschwinden.

Hier müßte ganz anders durchgegriffen werden. Diese Zustände sind untragbar. Aber „durchgreifen“ — was heißt das?

Es handelt sich hier nicht nur um ein polizeiliches Problem. Natürlich: Die Polizei müßte ganz anders gegen die bekannten Anführer der Bande vorgehen, müßte auch wirksame Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Bürger treffen. Muß selbstverständlich auch bei Aktionen wie der Demonstration

am Samstag dafür sorgen, daß Nazis und von ihnen aufgehetzte Fußballfans — diese Unterscheidung ist notwendig, selbst bei der Borussenfront — die Demonstrationsteilnehmer nicht gefährden können. Aber das ist nur eine Seite.

Es ist vor allem ein politisches Problem, und auf politischer Ebene sind auch die Voraussetzungen zu schaffen für ein ganz anderes polizeiliches Vorgehen.

Es ist ein politisches Problem aber nicht allein für „die Politiker“, also Stadträte, Ländeparlamente, Bundestag — es ist ein politisches Problem auch für die Linke, für alle Demokraten und Antifaschisten.

Ich meine damit zum einen, daß wir gegenüber Fußballfans und ihren Klubs eine vernünftige, differenzierte und nicht von Weltfremdheit und Panik bestimmte Haltung einnehmen müssen. Dieser Bemerkung liegt die immer wieder gemachte Erfahrung zugrunde, daß viele Linke — Deutsche wie Ausländer — zumindest organisiert auftretende Fußballfans an sich für kriminell und faschistisch zu halten scheinen. Das führt dann manchmal zu absurden Situationen, so auch am letzten Samstag: Da bog eine Gruppe Hamburger aus einer Nebenstraße in den Ostenhellweg ein und ging ein Stück am Demonstrationszug entlang. Daß sie sich nicht leise vorbeidrückten, sollte nicht verwundern. Was riefen sie? „Ha-Es-Vaul Ha-Es-Vaul!“ Was riefen viele Demonstranten? „Nazis raus!“ Als im Verlauf dieses unnötigen lautstarken verbalen Schlagabtausches in Nebenstraßen Polizeisirenen zu jaulen begannen, sagte nicht nur einer der Demonstranten: „Das wurde auch Zeit.“

Hier begibt man sich selbst in eine falsche Frontstellung, und das kann unserer Sache nur schaden. Und was das Auftreten der Polizei gegenüber den Fußballfans angeht: Das ist unter aller Sau. Ich kann mich nicht als Demonstrant darüber freuen, wenn uniformierte Schläger blutjunge Fans in Vereinstracht schon rücksichtslos abdrängen und schlagen, wenn sie sich neugierig dem Demonstrationszug nähern. Das bewirkt auch bei den Betroffenen bestimmt keine freundliche Einstellung gegenüber dem Anliegen der Demonstranten, gegenüber „den Ausländern“ usw.

Fußballbegeisterung ist die normalste Sache von der Welt. Fußball ist ja auch eine der schönsten Sportarten, die es gibt. Klar — das ist eine ganz persönliche Aussage, die man nicht teilen muß; aber auch wenn man das nicht tut, sollte man den vorstehenden Satz als Tatsache zur Kenntnis nehmen. Daß sich für viele Jugendliche, gerade für arbeitslose Jugendliche übrigens, der Fußball oder richtiger: der allwöchentliche Stadionbesuch und das Drumherum zur absoluten Hauptsache überhaupt entwickeln und sie sich nicht, wie man es sicher lieber hätte, aktiver und politisch mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen, mag einem nicht passen, ist aber erstmal so. Und wen man daran etwas ändern will, dann muß man einen Draht zu diesen Jugendlichen finden.

Den findet man nicht allein auf dem Fußballplatz und in den Fan-Klubs. Aber auch dort, und das ist wichtig. Die Neonazis

haben es in verschiedenen Städten verstanden, das massiv für sich auszunutzen, die Unzufriedenheit der Jugendlichen in politisches Kapital für sich umzumünzen. Wir sollten das als eine Schlappe für uns verstehen.

Die Nazis müssen unter den Fußballfans isoliert werden. Dazu muß man dabei sein. Es beginnen sich bereits bestimmte Fankreise von ihnen zu distanzieren, auch in Dortmund haben Fans z. B. in der örtlichen Presse Stellung gegen die Borussenfront bezogen und unter anderem den Vorstand des Vereins aufgefordert, sich von diesem Klub und seinen faschistischen und ausländerfeindlichen Umtrieben zu distanzieren. Eine Forderung, mit der hier auch schon die Deutsch-Ausländische Freundschaftsinitiative (DAFI) an die Öffentlichkeit getreten ist. Der Vorstand schweigt bisher. Denn für ihn ist Fußball nicht das, was er für die Millionen Fans ist. Für ihn ist er in erster Linie ein Riesengeschäft (mit gewissem Risiko), und für ihn ist jeder Stadionbesucher ein Geldlieferant. Da will man keine vergraulen. Da sagt man sich offensichtlich: Laßt die Leute von der Borussenfront doch Ausländer zusammenknüpfeln, solange mit ihr mehr Zuschauer kommen als ohne sie. ...

Dagegen sollten sich Fußballfans überall wehren. Darum sollten auch wir uns nach Kräften kümmern, und mit „wir“ meine ich jetzt nicht nur die Linke im allgemeinen, sondern auch ganz konkret unsere Partei und noch mehr unser Jugendverband, die KJD. Richtig: Das ist auch eine Frage der Kräfte. Aber diese Frage kann man erst dann richtig diskutieren, wenn man sich über politische Hintergründe klar geworden ist.

Öffentlicher Protest gegen die Umtriebe von Nazis auch im Gewande von Fußballfans, öffentliche Aufklärung gegen Ausländerfeindlichkeit, aktive Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern sind notwendig. Und Forderungen an die Politiker, die weitergehen müssen, als ein polizeiliches Einschreiten von Fall zu Fall zu verfügen. Das Auftreten der Borussenfront wird weitgehend geduldet, wie das Auftreten von Nazis überhaupt geduldet wird: Die politische Reaktion nutzt sie für ihre Ziele aus. Die Forderung muß deshalb auch in diesem Zusammenhang sein: Verbot jeglicher faschistischer und rassistischer Organisation und Propaganda! Wer „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ brüllt und auf dieser Grundlage politische und terroristische Aktivitäten entwickelt, muß in jedem Fall bestraft werden. Gewalttätige Neonazis müßten und könnten natürlich schon jetzt weit härter zur Verantwortung gezogen werden, als das geschieht.

Dagegen wehren sich die meisten Politiker in den Parlamenten und die Bundesregierung sowieso.

Da muß politischer Gegenstand entfalteter werden, da müssen alle antifaschistisch gesinnten Menschen unabhängig von ihren sonstigen politischen Bindungen an einem Strang ziehen. Dafür sollten wir uns überall einsetzen.

Für uns in Dortmund sind die Vorfälle von Samstag erneuter Anstoß dazu.

Dietrich Lohse

## Fragen zum Ausländerprogramm der KPD

Betr.: Unbeschränkte Einwanderung

„Liebe Genossen!“

Ich habe eine Anfrage zum Entwurf des Ausländerprogramms.

Als erste Forderung steht dort: Keine Beschränkung der Einwanderung in die Bundesrepublik. Wie ist das zu verstehen? Ist die Forderung bezogen auf die darüber genannten schon bestehenden und noch zu erwartenden Beschränkungen? Wenn ja, ist der Bezug m. E. nicht eindeutig genug, müßte die Forderung anders formuliert oder untergliedert werden (oder erübrigt sich durch die zu dem

Punkt noch folgenden Forderungen). Wenn nein, also die Forderung prinzipiell gemeint ist, berührt sie u. a. die Frage des Asylrechts, frage ich mich außerdem, was mit Reaktionen ist, mit nachweislichen Mitgliedern und Sympathisanten von faschistischen Organisationen. Weiter ist mir nicht klar, inwieweit ein Staat, kapitalistisch oder auch sozialistisch, eine generell unbeschränkte Einwanderung wirtschaftlich verkraften kann.

Gruß  
M., Düsseldorf“

## Gegen kapitalistische Willkür

Zur Verdeutlichung unserer Forderungen für unsere Leser ist der in dem Leserbrief angesprochene Absatz des Ausländerprogramms im nebenstehenden Kasten noch einmal vollständig wiedergegeben.

Die Forderung, die Einwanderung in die Bundesrepublik nicht zu beschränken, ist durchaus grundsätzlich gemeint. Sie richtet sich, wie im Programm erläutert, gegen die unerträgliche Praxis der Kapitalisten und ihres Staates, die Ausländer als beliebig manövrierbare Masse zu behandeln, sie auch noch in verschiedene Kategorien zu unterteilen und gegeneinander auszuspielen. Sie stellt auch klar in Rechnung, was von den Reaktionen immer bestritten wird: Die Bundesrepublik ist längst zum Einwanderungsland geworden.

Können wir die Ausländer verkraften? Warum sollten wir sie nicht „verkraften“ können? Alle, die jemals hier gearbeitet haben, alle, die heute hier leben, haben durch ihre Arbeit für unseren Lebensstandard mitgesorgt, und sie haben vergleichsweise weniger davon gehabt als die Deutschen. Sie sollen ihre Familien bei sich haben können, schließlich sind sie Menschen und kein Arbeitsvieh. Es können noch einige mehr kommen — wenn zum Beispiel die EG-Freizügigkeit auf Bürger der Türkei ausgeweitet wird, was die Bundesregierung verhindern will. Wir sagen: Sollen sie kommen. Wir wehren uns dagegen, daß hier plötzlich ganz offen der früher stets beschworene Anspruch, mit der EG würden die Grenzen offener, könnten sich die Menschen vieler Länder näher kommen, über Bord geworfen wird und nur noch die wirtschaftlichen und militärischen Ziele im Raum stehen. Sind Türken Menschen dritter Klasse?

Wir meinen: Das vielbeschworene Schreckgespenst der Ausländerinvasion im Falle der Aufhebung der Restriktionen ist tatsächlich ein Gespenst, ein Fantasiebild, das zusammen mit der Hetze über minderwertige Ausländer die deutschen Bürger in Alarmbereitschaft versetzen soll. Was sollte alle Arbeitslosen der näher oder ferner gelegenen Länder zur Völkerwanderung nach Westdeutschland bewegen? Sie hätten doch hier nichts zum Leben, Sozialhilfe bekommt auch nicht jeder gleich, der seinen Fuß über die Grenzen unseres Landes setzt. Zwischen den EG-Staaten herrscht heute die „Freizügigkeit“, trotzdem haben sich die Arbeitslosen Südtaliens oder anderer Regionen nicht ins einstige Wirtschaftswunderland aufgemacht. Und auch die Bevölkerung der Türkei wird ihr Heimatland nicht scharenweise verlassen.

Die Wirtschaftsprobleme unseres Landes kommen in keiner Weise durch die Ausländer. Die kapitalistische Krise haben die Kapitalisten zu verantworten, und sie müssen gezwungen werden, sie zu bezahlen.

Auch ein sozialistisches Deutschland würde kaum von Ausländern „überschwemmt“ werden. Und wer beim Aufbau helfen will — warum sollte er nicht willkommen sein?

Was das Asylrecht betrifft, so ist das einzige Problem, was es damit gibt, die Tatsache, daß tatsächlich politisch verfolgte Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre nicht ins Land gelassen werden. Reaktionen haben damit kein Problem, sie gehen hier ein und aus. Deshalb heißt unsere Forderung zum Asylrecht auch: „Zügige Anerkennung aller Asylbewerber“. (Darüber hinaus kämpfen wir bekanntlich dafür, daß jede faschistische Betätigung und Organisation in der Bundesrepublik verboten und streng bestraft wird.)

## Aufenthalts-erlaubnis

Der Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik ist an die Bewilligung einer Aufenthaltserlaubnis geknüpft. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis hängt von vielen Bedingungen ab, letztendlich aber von den Profitinteressen des Kapitals, von seinem Bedarf an billigen Arbeitskräften. Die Aufenthaltserlaubnis ist generell zeitlich beschränkt, häufig wird sie, wiederum je nach Bedarf, nur für bestimmte Regionen oder sogar Stadtteile erteilt. Ausländer aus Staaten der EG bekommen bevorzugt eine Aufenthaltserlaubnis. Familienangehörige, die nachkommen möchten, bekommen nur unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis. Es steht den Ausländerbehörden frei, die Aufenthaltserlaubnis jederzeit — etwa bei der Teilnahme an Streiks oder bei unliebsamer politischer Betätigung — zu widerrufen. Seit dem Herbst 1980 hat die Regierung den Zuzug in die Bundesrepublik noch weiter eingeschränkt, indem sie für zahlreiche Länder Visumzwang eingeführt hat. Weitere Beschränkungen vor allem für den Zuzug von Kindern und Jugendlichen sind geplant.

Es liegt auf der Hand, daß die Verknüpfung des Aufenthalts in der Bundesrepublik mit einer besonderen behördlichen Erlaubnis sowie die zahlreichen Zugangsbeschränkungen, die die ausländischen Arbeiter und Werktätigen in der Bundesrepublik in besonderer Weise rechtlos machen und sie in besonderer Weise der Willkür des Kapitals, seinen Profitinteressen unterwerfen.

Wir fordern deshalb:

- Keine Beschränkung der Einwanderung in die Bundesrepublik;
- Unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis für alle in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ohne irgendwelche Bedingungen;
- Rücknahme aller die Familienzusammenführung einengenden Bestimmungen und Maßnahmen;
- Keine Visumspflicht;
- Keine lokale und zeitliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis.
- Gleichstellung von Nicht-EG-Ausländern mit den EG-Ausländern bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis.

Die Möglichkeit, ohne Beschränkungen in die Bundesrepublik einzuwandern, löst auch das Problem der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge.

## „Evren Mörder — Kohl Komplize!“

Demonstration und Hungerstreik in Dortmund

Etwa 170 Menschen beteiligten sich am 20. August an einer örtlichen Demonstration in Dortmund, um gegen die drohende Abschiebung des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun und die Zusammenarbeit Bonn mit dem Verbrecherregime in Ankara zu protestieren. Sie bekräftigten ihre Solidarität mit den verfolgten und gefangenen Antifaschisten, Demokraten und Revolutionären in der Türkei.

Die Demonstration wurde organisiert von der KPD, der KJD, Autonomen Gruppen, dem BWK und türkischen und kurdischen Organisationen. DKP und SDAJ hatten sich „ausgeklinkt“. Auf der Abschlussskundgebung wurde besonders die Politik der Bundesregierung angeprangert, die das

Folterregime unterhält, ihm Opfer ausliefert und bei uns eine Politik macht, an deren Ende auch in Westdeutschland wieder eine faschistische Diktatur stehen könnte — wenn man ihr nicht das Handwerk legt. In dem Kampf dagegen müssen deutsche und ausländische Arbeiter zusammenstehen. Auch

gegen die von der Regierung geschürte Ausländerfeindlichkeit richtete sich diese Aktion.

Im Anschluß an die Kundgebung begannen einige Antifaschisten einen Hungerstreik in der Innenstadt Dortmunds, der bis zum 24.8. dauern soll.



An das MdL  
Frank Schwalbe-Hoth  
über: Fraktion der Grünen  
6200 Wiesbaden

**Offener Brief**  
Kiel, am 15. August 1983  
Lieber Frank!  
Ich schreibe Dir als Mutter  
eines 21jährigen Sohnes,  
der am 13. Oktober 1982 in  
El Salvador ermordet wurde.  
Mein Sohn war als Tourist  
auf der Durchreise, als er  
von Regierungssoldaten  
angehalten wurde. Wegen  
seiner Äußerungen und einiger  
mitgeführter Tabletten hielten  
sie ihn für einen „Subversiven“,  
und ohne weitere Kontrolle  
oder Untersuchung wurde er  
brutal mißhandelt und unmittelbar  
danach erschossen.

Ich, die ich damals über  
El Salvador nicht viel wußte,  
verlor erst zwei Monate  
später die Geduld, als die  
US-Regierung, deren  
Staatsbürgerschaft mein  
Sohn und ich besitzen, mir  
nicht nur alle wichtigen Informationen  
über den Tod meines Sohnes vorenthielt,  
sondern mich auch offensichtlich mit immer  
neuen, erfundenen Geschichten  
hinhielt. So flog ich selbst erst nach  
Washington, dann nach El Salvador  
— und erlebte selbst, wie unverfroren  
US-Botschaft und Militärberater  
mit einem Regime und dessen  
Armee zusammenarbeiten, das  
zehntausende von Morden auf dem  
Gewissen hat.

Inzwischen habe ich  
über 200 Dokumente, die die  
US-Regierung unter Verschluss  
hielt, weil sie etwas über die  
Hintergründe dieses Mordes  
beinhalten, herausgeklagt. Einige  
wichtige fehlen noch. Doch  
bereits jetzt kann ich beweisen,  
daß die US-Regierung Komplize  
tausender anderer Morde  
in El Salvador ist.

Ich habe mich über Deine  
Aktion im Hessischen Landtag  
gegen den US-Offizier gefreut,  
wolltest Du doch damit genau das  
Öffentliche deutlich machen,  
was ich in sechs Wochen in  
einem Prozeß gegen die  
US-Regierung beweisen werde:  
Die Orden an dieser Uniform  
sind Belohnungen für Morde  
und Massensterben. Über 90 Prozent  
der von der US-Armee in Vietnam  
und in El Salvador, wo die  
Armee ebenfalls von US-Offizieren  
ausgebildet und in den Kampfeinsätzen  
geleitet wird, Getöteten waren  
und sind Zivilisten, und auch die  
getöteten Guerrilleros wollten  
nichts weiter als Frieden und  
Gerechtigkeit für ihr Land. Mit  
dem Tragen dieser Uniform  
hat sich der von Dir „angegriffene“  
Offizier zu diesen Morden  
bekannt. Geschmacklos war nicht  
Deine Aktion, sondern der  
Empfang dieses Generals. Als  
Mutter eines Sohnes, der durch  
die Tätigkeit von Trägern dieser  
Uniform, der Uniform der US-Armee  
getötet wurde, danke ich Dir  
für Deine Aktion.

Meinen Sohn haben sie  
ermordet. Das einzige, was  
mir darüber hinweghelfen kann,  
sind Menschen wie Du und  
Aktionen wie die, die Du  
unternommen hast. Herzliche  
Grüße  
Renate M. Kline  
(Zuerst veröffentlicht in der  
„faz“ vom 21.8.)

Ob zum Personalausweis, ob zur Volkszählung:

## Aus Bonn nichts als Lügen

Nicht nur zur Einführung des computerlesbaren Personalausweises zeigt sich die Bundesregierung entschlossen, sie bekräftigte dieser Tage auch aufs neue ihren Willen zur Durchführung der Volkszählung. Die Stellungnahme, die sie zu diesem Thema dem Bundesverfassungsgericht zuleitete, strotzt dabei vor verlogenen Beteuerungen über die angeblich damit verbundenen guten Absichten.

Ausgerechnet die sogenannte Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes wird bemüht, um die angebliche Unverzichtbarkeit der Volkszählung und der damit verbundenen Datenverknüpfung (zum Beispiel dem Melde-Registerabgleich, auf den die Regierung nicht verzichten will) zu begründen. Der Staat könne „in der industriellen Massengesellschaft (...) seinen Verpflichtungen zu intensiver Daseinsvorsorge, planenden Eingriffen und ordnender Lenkung ohne verlässliche Informations-

basis, wie sie die Volkszählung vermittelt, nicht gerecht werden“.

„Verarschen können wir uns selber“, wie der Volksmund sagt. Ausgerechnet „intensive Daseinsvorsorge“ soll das Interesse der Unionspolitiker sein? Das ist doch wohl, wenn nicht gerade die Sorge um ihr eigenes Dasein und Wohlergehen und das ihrer finanzkräftigen Hintermänner gemeint ist, ein schlechter Witz.

Ganz ohne Volkszählung steht fest: Der politische und

wirtschaftliche Kurs der Regierung gefährdet das Dasein großer Teile unseres Volkes, besonders der arbeitenden Menschen. Weiter steigende Massenarbeitslosigkeit ist ebenso einkalkuliert wie die Senkung, der fortschreitende Abbau von staatlichen Sozialleistungen. Diese Regierung hat doch gar nicht vor, hier im Sinne einer Verbesserung für die Betroffenen einzugreifen, aber sie tut geradezu so, als fehle ihr zur Verwirklichung dieser ehrenhaften Absichten nur das nötige Wissen! Wer uns so belügt, hat seine Gründe.

Was für Gründe das sind, das wird auch durch die Personalausweis-Planungen deutlich. Es geht tatsächlich darum, die Bürger in ihrer Gesamtheit vollständig zu erfassen und

Zeichnung von  
Dietmar Silber.  
Aus:

„Linkskurve“ 3/83

„durchsichtig“ zu machen, dem Zugriff des Staates auszusetzen, wann immer dieser zugreifen will. Hier wird entgegen allen Beteuerungen von Meind-

Zimmermann und seinen Kabinettskollegen der Überwachungsstaat geprobt. Deshalb bleibt jeder Widerstand dagegen gerechtfertigt.



Jetzt offiziell bestätigt:

## Der „Schlächter von Lyon“ stand in Diensten des US-Geheimdienstes

Jetzt wird also auch aus USA bestätigt, was Antifaschisten schon lange enthüllt hatten: US-Geheimdienstleute sind verantwortlich dafür, daß nach dem Zweiten Weltkrieg faschistische Verbrecher und Folterspezialisten in Amerika Unterschlupf fanden.

Einer davon war Klaus Barbie, der „Schlächter von Lyon“. Mit seiner Tätigkeit für die SS hatte er seine Eignung für den US-„Spionageabwehrdienst“ CIC nach dem Krieg in der amerikanischen Zone ebenso bewiesen wie für lateinamerikanische Diktaturen, in deren Dienst er sich später stellte, nachdem ihm US-Beamte zur Flucht verholfen hatten. Diese Qualifikation hat er auch immer herausgestrichen. Einmal identifiziert, hatte Klaus „Altmann“ es auch gar nicht nötig, sich von seiner Vergangenheit zu distanzieren. Für manche ist Amerika eben doch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Er muß nur aus der rechten Ecke kommen.

Nachdem Barbie nun bereits einige Zeit in Frankreich im Gefängnis sitzt und eh kaum noch

was zu verbergen war, hat sich die US-Regierung für ihre Förderung des Massenmörders bei der französischen Regierung „entschuldigt“. Damit wäre dann wohl wieder alles im Lot, scheint man sich in Washington zu denken.

Und auch die Form, in der die Förderung Barbies durch die US-Geheimdienste in den Medien vermarktet wird, wird dem Tatbestand nicht immer gerecht. Zum Beispiel: Die Sensation, als die er teilweise behandelt wird, ist er nicht. Er war und ist Alltag. Und die Medien haben früher mitgeholfen, diesen Alltag mit einem Grauschleier zu überdecken. Keine Mißverständnisse bitte: Daß es eine Reihe von Sendungen und Veröffentlichungen gab, in denen die Machenschaften der USA und der

Geheimdienste jetzt ausführlich beschrieben wurden, ist sehr gut. Es ist nur zu hoffen, daß davon etwas hängen bleibt.

Wichtig ist noch eines: Den Beteuerungen der US-Regierung, „Schlußfolgerungen für die künftige Arbeit der US-Geheimdienste seien nicht notwendig, weil sich deren Maßstäbe seit langem grundsätzlich geändert hätten“ („Frankfurter Rundschau“, 18.8.), darf man keinen Glauben schenken.

Zunächst: Barbie hatte zumindest Kontakte zur CIA, hielt sich dazu in den USA auf (und wurde natürlich auch wieder ungehindert hinausgelassen, um seiner mörderischen Tätigkeit in Bolivien weiter nachgehen zu können).

Und die CIA hat nicht nur beste Kontakte zu den Folterdiktaturen Lateinamerikas (so auch zur alten Regierung Boliviens), sie ist stets daran beteiligt, wenn es darum geht, neue zu errichten. Wie etwa in Chile. An Barbie aber will sie angeb-

lich, nachdem der Gedanke, ihn erneut in Dienst zu nehmen, „kurzzeitig erwogen“ worden sei, „nicht interessiert“ gewesen.

Selbst wenn man das glauben sollte, bleibt doch unbestreitbar: Die Indienstnahme faschistischer Verbrecher ist für die CIA eine ganz normale Überlegung. Was also hat sich da seit 1951, als Barbie von CIC-Beamten zur Flucht nach Buenos Aires verholfen wurde, „um zu schützen, was sie für die Interessen der US-Armee und der US-Regierung hielten“ (so das Memorandum des US-Beauftragten Ryan), geändert?

Nichts hat sich geändert. Und unter diesen Voraussetzungen setzt der heutige Geheimdienst unserer angeblichen „Schutzmacht“ seine verbrecherische Tätigkeit ungehemmt fort. Das sollte jeder wissen, wenn die USA z.B. ihre Mittelamerika-Politik verteidigen und um Unterstützung werben. Es ist immer eine Unterstützung

für Menschenschlächter.

Man sollte auch daran denken, wenn man über Vorfälle wie die „Krefelder Krawalle“ redet. Der Mister Bush, dessen Auto von einem Erdklumpen getroffen wurde, war auch einmal CIA-Chef. Ein staatlicher Gangsterboß sozusagen. Heute ist er Vizepräsident der USA, die sich anmaßen, auch über die Zukunft, das Überleben von Bundesbürgern entscheiden zu wollen.

Man sollte im besonderen nicht vergessen, daß keine Bundesregierung je wirklich ernsthafte Schritte unternommen hat, um von sich aus dafür zu sorgen, daß Leute wie Barbie aufgespürt und ihrer gerechten Strafe zugeführt wurden. Auch dies ein Beweis dafür, daß in Bonn nicht wirklich mit dem Ungeist des Faschismus gebrochen wurde. Sonst wäre sicher auch nie so eine enge Freundschaft mit den Herren in Washington zustande gekommen...

## Widerstand gegen Kriegstreiberei



Zum Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte, an denen sich die Bundesregierung beteiligt, ruft ein Antikriegsflugblatt der KPD auf, das am 1. September und während der Friedensaktionen im Herbst und Winter verbreitet werden soll.

Es beschreibt die internationale Situation und die Lage der Bundesrepublik, setzt sich mit dem Schwindel der Abrüstungsverhandlungen auseinander und erläutert die Haltung der KPD im Kampf um die Erhaltung des Friedens. Über den Kampf gegen die drohende Stationierung

der amerikanischen atomaren Erstschlagswaffen hinausgehend, heißt es am Ende des Flugblattes:

„...wer will, daß sich die Kriegsgefahr in Mitteleuropa verringert, daß die Bundesrepublik nicht zum Kriegsschauplatz der Supermächte, der NATO, des Warschauer Paktes wird, daß wir und unsere Kinder das Morgen noch erleben, der muß den Kampf aufnehmen,

um die Bundesregierung zu zwingen, in Erfüllung des Friedensgebots ihrer eigenen Verfassung zum Schutze des Lebens ihrer Bürger sich abzukoppeln von der Kriegspolitik der Supermächte und eine Politik des Friedens, der Entspannung, der Abrüstung zu treiben.

Das aber heißt konkret (wie es die KPD in ihrem Friedensplan fordert):

- Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden;
- Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und EG;
- Kündigung aller diesbezüglichen bzw. die Souveränität der Bundesrepublik einschränkenden Verträge (Pariser Verträge, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG etc.);
- Erklärung der Neutralität

der Bundesrepublik Deutschland;

- Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden;
- Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung;
- Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland;
- Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.

Die Erfüllung dieser Forderungen würde zweifellos den Frieden in Mitteleuropa und für die Bundesrepublik sicherer machen, auch wenn sie keine hundertprozentige Garantie dafür böte, im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten, der NATO und dem Warschauer Pakt von der einen oder anderen Seite nicht angegriffen, besetzt oder überrollt zu werden.

Die Behauptung: Einer neutralen Bundesrepublik würde es gehen wie Afghanistan, ist ein Schmarren, oder wurden das neutrale Österreich, Schweden etwa inzwischen von der Sowjetunion angegriffen? Die So-

wjetunion ist derzeit im Gegensatz zu den USA-Imperialisten an einem Weltkrieg, der ihr nur Schaden könnte, nicht interessiert. Sie hat subtilere Mittel, die beileibe nicht uneigennützig Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Afrika etc., um ihren Einfluß zu vergrößern. Auch die Behauptung, wir könnten uns nur im Rahmen des westlichen Bündnisses verteidigen, ist absurd. Was denn verteidigen, wenn es außer Leichen, Trümmern und atomar verseuchten Landstrichen nichts mehr zu verteidigen gibt?

Doch machen wir uns nichts vor. Die CDU/CSU/FDP-Regierung und das hinter ihr stehende reaktionäre Finanzkapital denken nicht im Traum daran, sich von ihren besten Freunden, den Kriegstreibern in Washington abzukoppeln. Wären doch dadurch ihre eigenen aggressiven Absichten und Ziele gefährdet. Darum gibt es nur einen Weg, wenn wir leben und überleben wollen: die Handlanger des reaktionären, kriegslüsternden amerikanischen und westdeutschen Finanzkapitals in Bonn, die Kohl/Genscher-Regierung mit allen Mitteln, einschließlich des Generalstreiks zu stürzen, um sie durch eine Regierung zu ersetzen, die

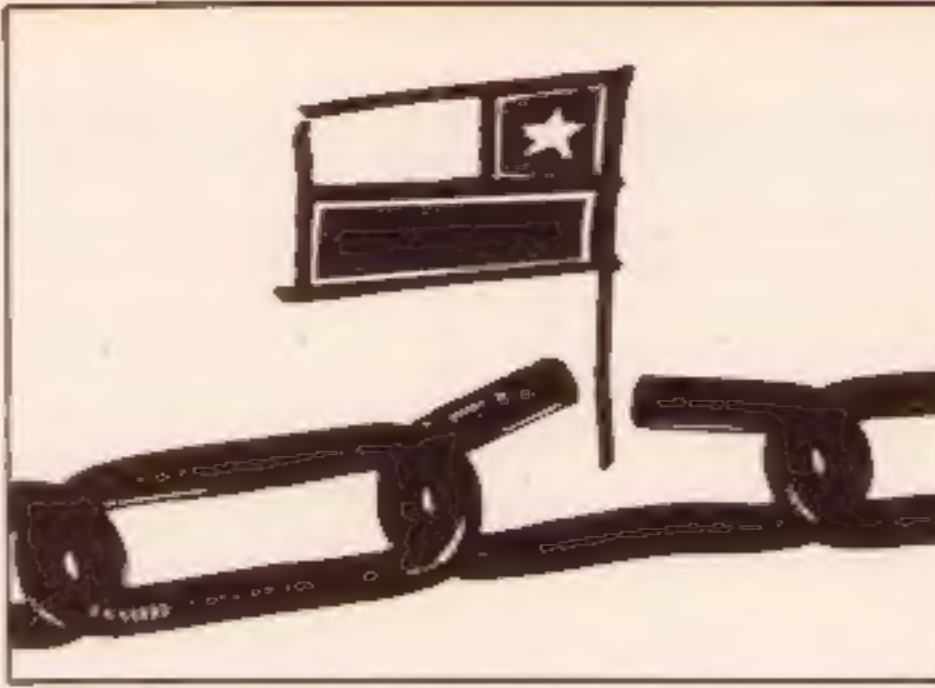
bereit ist, die Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik zu vertreten: in Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu leben.

Ein Generalstreik zum Sturz der Regierung, die uns Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Abbau der demokratischen Rechte, den Polizeistaat und dazu noch ein Atomgefahrnis erster Klasse beschert, bzw. bescheren will, sei illegitim und undemokratisch? Was kann es Legitimeres geben als jemanden, der uns zwingen will, auf andere Menschen, die uns nicht das geringste getan haben, zu schießen, der uns als Raketenfutter in einem dritten Weltkrieg verheizen will, durch einen Generalstreik zum Abtritt zu zwingen. Ein Generalstreik beendete den ersten Weltkrieg, jagte den Kaiser, die Hohenzollern, davon und errichtete die Republik. Besser wäre es gewesen, man hätte durch den Generalstreik den Ausbruch des Weltkriegs verhindert, wir hätten uns zwei Millionen Tote erspart. Letztendlich läuft alles auf eines hinaus: Wer will, daß es keine Kriege, keine Gewehre mehr gibt, der muß das Gewehr in die Hand nehmen unter der Losung: Krieg den imperialistischen Kriegen!“



**Wenn sich am 11. September zum 10. Mai der Putsch des Augusto Pinochet in Chile jährt, wird der Diktator kaum mit Jubelfeiern rechnen können. Im Gegenteil — nie war seine Stellung so schwach wie heute, wo sich breite Teile der Bevölkerung gegen die Diktatur auflehnen.**

**Zehn Jahre nach dem gewaltsamen Sturz der Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende zeigt sich für jeden ersichtlich, was die von den Militärs mit Waffengewalt und Terror durchgesetzte Politik für die Massen, für die Arbeiter, Bauern, für Angestellte und Intellektuelle, aber auch für weite Kreise der Mittelschichten und neuerdings auch für Teile des Bürgertums gebracht hat: die weitgehende Ruinierung, die nur mit brutaler Gewalt durchgesetzt werden konnte.**



Chile — 10 Jahre nach dem Putsch

# Die Ökonomie der Diktatur

Das Land verkauft, ausgeplündert und bankrott

Natürlich war Augusto Pinochet im September 1973 mit der Fahne der „Freiheit“ gegen die verfassungsmäßig gewählte Regierung Allendes angetreten. „Freie“ Privatinitiative innerhalb der „freien Marktwirtschaft“ sollte den einzelnen freimachen, der Staat habe keinerlei Eingriffsrechte, so hieß es, er habe sich ausschließlich um die nationale Sicherheit zu kümmern. Um eine solche Politik, nach dem sogenannten „Subsidiaritätsprinzip“ in Chile einzuführen, war aber eine absolute Machtkonzentration notwendig — die Voraussetzung für eine Politik der Gewalt, der staatlichen Übermacht und Willkür, wie sie seit September 1973 in Chile an der Tagesordnung ist.

Denn zuerst mußten alle Formen der Opposition niedergeworfen, gesellschaftliche Rechte abgeschafft, gewerkschaftliche Organisationen zerschlagen werden, um die „freie Marktwirtschaft“ auch wirklich „ungemildert“ durchzusetzen. Die Wirtschaftspolitik der Diktatur war nur durchsetzbar, indem man Tausende ermordete, Konzentrationslager im ganzen Land errichtete, mehr als 100.000 Personen in den ersten drei Jahren verhaftete, fast 10 Prozent der Bevölkerung ins Exil zwang, Gewerkschaften und Nachbarschaftsorganisationen auflöste und schließlich alle politischen Aktivitäten sowie alle Formen freier Meinungsäußerung verbot.

Diese „flankierenden“ Maßnahmen waren nötig, um eine Politik durchzusetzen, die schon lange geplant war, wie der ehemalige Außenminister Allendes, Orlando Letelier, nachgewiesen hat. 1976, kurz vor seiner Ermordung im nordamerikanischen Exil, wo er den US-Imperialisten zuviel aus der Vergangenheit ausplauderte, schrieb er über den Wirtschaftsplan der Diktatur: „Der Wirtschaftsplan der Diktatur, der jetzt in Chile durchgeführt wird, verwirklicht die wirtschaftlichen Vorstellungen einer Gruppe chilenischer Ökonomen, die zumeist an der Universität Chicago von Milton Friedman und Arnold Harberger ausgebildet worden sind. Die „Chicago-boys“, wie man sie in Chile nennt, waren intensiv an den Vorbereitungen des Putsches beteiligt, und überzeugten die Generale davon, daß sie die nackte Gewalt, die das Militär besitzt, durch das ihnen fehlende intellektuelle Vermögen zu ergänzen bereit waren. Das US-Senatsuntersuchungskomitee hat enthüllt, daß „CIA-Kollaborateure“ jene Wirtschaftsmaßnahmen zu planen halfen, die die Junta sofort nach ihrer

Machtergreifung durchzuführen begann.“ („A Draconian Cure for Chile's Economic Ills“, Business Week, 12.1) Zeugen behaupteten vor dem Komitee, daß einige der Chicago-boys Gelder erhielten für Forschungsarbeiten wie den dreihundertseitigen Wirtschaftsplan, der Militärführern vor dem Putsch übergeben worden ist. Es ist daher verständlich, daß die Chicago-boys nach der Machtergreifung darauf brannten, auf die chilenische Wirtschaft „losgelassen“ zu werden, wie „The Wall Street Journal“ (2.11.73), es nannte. Zunächst gingen sie aber nur schrittweise an die Situation heran. Erst nach einem Jahr ziemlicher Konfusion entschlossen sie sich, daß in Chicago erlernte theoretische Modell ohne große Ände-

werbs frei fluktuieren; die Inflation, der schlimmste Feind wirtschaftlichen Fortschritts, ist das direkte Ergebnis einer Steigerung der Geldmenge (monetäre Expansion) und kann nur durch eine drastische Kürzung öffentlicher Ausgaben beseitigt werden. Soweit die Darstellung Orlando Leteliers. Um genau zu erkennen, welche Auswirkungen diese Wirtschaftspolitik Friedmans (der im übrigen noch Nobelpreisträger ist!) hatte, werfen wir einen kurzen Blick auf die wirtschaftliche Situation Chiles vor der Junta.

Staatliche Investitionen sowohl in den öffentlichen Bereichen, als auch für die Privatwirtschaft waren in Chile, wie in vielen westlich-kapitalistischen Ländern an der Tagesordnung. Zu Zeiten der christdemokra-

ernsthafte Bedrohung für die privilegierten Schichten, für die Bourgeoisie vor allem, darstellte. Anders ausgedrückt: während der Regierungszeit der Unidad Popular erhielten Arbeiter und Angestellte 62,9 Prozent des gesamten Volkseinkommens, 31,7 Prozent gingen an die Besitzenden. Ein Verhältnis übrigens, daß die Militärjunta schon in einem Jahr gänzlich auf den Kopf stellte und später noch weiter zu Ungunsten der Arbeiter und Angestellten veränderte.

Wie sie das im einzelnen anstellte, das ist genau nach einem „Fahrplan“ der Friedman-Schüler abgelaufen. Dieser Plan war praktisch die exakte Negation der Wirtschaftspolitik der Unidad Popular. So waren die ersten Maßnahmen gegen den hohen Staatsanteil an der Wirtschaft gerichtet, zum zweiten wurden die „Beziehungen zum Weltmarkt neu geordnet“, das hieß der radikale Abbau jeglicher Schutzzölle, und zum dritten wurden die staatlichen Sozialausgaben fast völlig abge-

Der Abbau der Sozialleistungen des Staates führte zu einer schnellen massenhaften Verelendung, der Abbau der Schutzzölle zu einer Flut von ausländischen Waren auf den chilenischen Markt, gegen die die einheimische Wirtschaft nicht ankam. So wurde beispielsweise fast die gesamte Weizenanbaufläche des Landes wegen des billigeren US-Imports zu Apfelplantagen umstrukturiert, so daß Chile ganz schnell von ausländischen Importen abhängig wurde. Der nur vorübergehend billigere US-Weizen fraß später dann große Teile des Devisenaufkommens der Exportwirtschaft auf. Chilenische Äpfel hingegen werden auch heute noch westdeutschen Importeuren zu Schleuderpreisen angeboten. Und als die Militärs die staatliche Regulierung des Milchpreises abschafften, war die Folge eine 40prozentige Erhöhung des Verbraucherpreises und ein Absinken des Erzeugerpreises um 22 Prozent, weil nur zwei private Milchverarbeitungsgesellschaften den gesamten Markt kontrollierten.

Herzstück der Wirtschaftspolitik der Militärjunta aber war die Reprivatisierung der Unternehmen, die sich in Staatsbesitz befanden. Dabei setzte ein ungeheurer Prozeß der Monopolisierung ein. Zwischen den wirtschaftlich Stärksten der chilenischen Gesellschaft und den Militärs hatte sich ein enges Bündnis, zum Nachteil vor allem der Kreise mittlerer Unternehmer gebildet, die 1973 den Putsch noch mitherbeigeführt

hatten. Den Größten und Mächtigsten wurden nun die verstaatlichten Unternehmen und das Land entweder zurückgegeben oder zu lächerlich geringen Preisen verkauft. Innerhalb kürzester Zeit war die gesamte chilenische Industrie, Forstwirtschaft, die Agrarindustrie, der Großhandel, die Exportwirtschaft, ja sogar Eisenbahnen und öffentliche Versorgungsunternehmen in den Händen von nicht mehr als 15 Wirtschaftsgruppen. Jede dieser Gruppen bestand aus nur wenigen Personen, drei dieser Gruppen waren absolut vorherrschend. Diese Wirtschaftsgruppen waren es auch, die alle reprivatisierten Banken kontrollierten.

Mittlerweile hatten viele Maßnahmen der neuen Wirtschaftspolitik „gegriffen“. Massenartige Arbeitslosigkeit, seit 1975 immer 30 Prozent und mehr, und die ungehemmte ausländische Konkurrenz führten zu einem enormen Rückgang der inländischen Beschäftigung, der Produktion und auch des Konsums. Viele Unternehmen brauchten Kredite, die aber „da der Staat sich völlig aus der Kreditwirtschaft herauszieht, extrem teuer waren. Bis zu 80 Prozent Zinsen wurden verlangt. Die Banken begannen vor allem „eigene“ Unternehmen zu finanzieren. Die waren aber oft schon durch den Kauf der Banken verschuldet. Und die „normalen“ Ersparnisse bei den Banken waren unter der Junta immer die niedrigsten in ganz Lateinamerika.

So ging man auf den ausländischen Kapitalmarkt. Mit dem Wachsen der Auslandsverschuldung begann das Funktionieren des chilenischen Wirtschaftswunders der ersten Jahre der Junta. Von vielen westlichen Politikern — nicht zuletzt Franz Josef Strauß, wurde dies System hochgelobt: Eine autoritäre Regierung, ohne organisierte Opposition, ohne politische Parteien, ohne Gewerkschaften, ohne Parlament, ohne gesellschaftliche Kontrolle.

Aber die Inlandsnachfrage sank ständig. Die geknechtete Arbeiterklasse nagte am Hungertuch, sogar mittleren Bauinteressenten mußten Baugelder aus dem Ausland besorgt werden. Erste große Risse im Wirtschaftsmodell zeigten sich, als das größte Monopol des Zuckerhandels und der Zuckerproduktion zusammen mit den dieser Wirtschaftsgruppe zugehörigen Banken bankrott ging. Man hatte sich einfach verspekuliert. Dieser Bankrott riß viele andere Unternehmen und regionale Privatbanken mit in den Ruin.

Die Verschuldung der Betriebe bei den Banken, der Banken an die ausländischen Geldgeber war ins Unermeßliche gestiegen. 1981 importierte Chile für 3,5 Milliarden Dollar mehr, als es exportierte. Dazu mußten

rund 2 Milliarden Dollar Zinsen ins Ausland gezahlt werden und rund 1,5 Milliarden Dollar an Tilgungen, also Rückzahlungen. Die gesamte Devisenmenge, die Chile durch den Export hereinbekam, betrug 3,5 Milliarden Dollar. Die Zahlungsverpflichtungen aber 7 Milliarden Dollar nur für 1981. Insgesamt war die Auslandsverschuldung schon auf 15 Milliarden Dollar angewachsen. Wieder wurden für die Rückzahlungsverpflichtungen allein 7 Milliarden Dollar neuer Kredite aufgenommen.

Jetzt aber wurden die ausländischen Geldgeber — vor allem der Internationale Währungsfond (IWF) vorsichtiger. Der IWF machte Auflagen, die den wachsenden Kreditbedarf Chiles bremsen sollten. Die folgenden „Anpassungsmaßnahmen“ im Rahmen einer sogenannten „rezessiven“ Wirtschaftspolitik sollten die auseinandergehende Schere zwischen Exporterlösen und Auslandsverpflichtungen wieder schließen. Das sollte einfach über eine allgemeine Verlangsamung der Wirtschaftsprozesse erreicht werden. Drastische Steuererhöhungen, Zinsanhebungen auf wieder über 75 Prozent, staatlich verordnete Lohnsenkungen hatten aber vor allem den „Erfolg“ einer drastischen Nachfragesenkung für alle inländischen Güter. Eine riesige Pleitewelle begann. Die für die Banken völlig uneinbringbaren Forderungen waren im Mai 1981 15mal so hoch, wie das gesamte Vermögen aller chilenischen Banken. Die Wirtschaft war bankrott. Was all das an Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit und fehlenden Sozialleistungen für die Masse der Bevölkerung brachte, läßt sich hier gar nicht darstellen.

Die „monetäre“ Wirtschaftspolitik eines Milton Friedman, die hier so „lupenrein“ und konsequent durchgeführt wurde, hat aber nicht nur das große internationale Kapital zum nominellen Eigentümer aller produktiven Werte in Chile gemacht, es hat auch große Teile der nationalen Wirtschaft zerstört. Jahre wird es nach Pinochet dauern, bis Chile sich von der totalen Importabhängigkeit, die vom Weizen bis zu vielen wichtigen Konsumgütern geht, wieder befreien kann. Und das wird ein kapitalistisches Wirtschaftssystem nicht leisten können. Denn die Wirtschaftspolitik der Junta war nichts anderes als die in letzter Konsequenz durchgeführte Politik des „freien Marktes“. Und Milton Friedmans Anhänger sitzen nicht nur in Santiago am Ruder. Ronald Reagan gehört dazu, wie auch Maggie Thatcher, und ein Graf Lambsdorff gehört auch zu den Bewunderern dieses Nobelpreisträgers für kapitalistische Wirtschaftspolitik.



Pinochet (links) und seine Junta

rungen in die Tat umzusetzen. Dieser Entschluß führte zu einem persönlichen Besuch Mr. Friedmans in Chile, der sich zusammen mit seinem Kollegen Prof. Harberger in einer Serie von öffentlichen Auftritten, über die die Presse ausführlich berichtete, für die „Schockbehandlung“ der chilenischen Wirtschaft aussprach. Friedman bezeichnete diese Methode als die „absolut einzige Medizin“. Es gibt keine andere Lösung auf lange Sicht.“ (El Mercurio, 23.3.75) Die Hauptprinzipien des von Friedman und seinen Anhängern entworfenen Wirtschaftsmodells, das die Junta übernahm, sind folgende: Wirtschaftliche Entwicklung kann nur in einem System stattfinden, in dem der Privatsektor völlig frei zu operieren vermag; Privatunternehmen sind die ertragsreichste Form wirtschaftlicher Unternehmen. Daher soll der Privatsektor der in der Wirtschaft vorherrschende Sektor sein; die Preise sollen entsprechend dem Prinzip des Wettbe-

trags freier fluktuieren; die Inflation, der schlimmste Feind wirtschaftlichen Fortschritts, ist das direkte Ergebnis einer Steigerung der Geldmenge (monetäre Expansion) und kann nur durch eine drastische Kürzung öffentlicher Ausgaben beseitigt werden. Soweit die Darstellung Orlando Leteliers. Um genau zu erkennen, welche Auswirkungen diese Wirtschaftspolitik Friedmans (der im übrigen noch Nobelpreisträger ist!) hatte, werfen wir einen kurzen Blick auf die wirtschaftliche Situation Chiles vor der Junta. Staatliche Investitionen sowohl in den öffentlichen Bereichen, als auch für die Privatwirtschaft waren in Chile, wie in vielen westlich-kapitalistischen Ländern an der Tagesordnung. Zu Zeiten der christdemokra-

tischen Regierung Eduardo Frei betrug der Anteil der staatlichen Investitionen etwa 70 Prozent der gesamten inländischen Investitionen. So hatte sich schon vor der Regierung der Unidad Popular vor allem im Versorgungsbereich ein starker staatlicher Sektor herausgebildet. Unter der Regierung Allendes waren dann rund 250 Unternehmen verstaatlicht worden, mit dem Ziel, auch im Industriebereich, im Finanz- und Kreditwesen und im Handel einen stärkeren staatlichen Einfluß herzustellen. Zuletzt waren auch die großen Kupferbergwerke nationalisiert und in Staatseigentum überführt worden. Daneben waren in einer breit angelegten Agrarreform Tausende von Latifundien, Großgrundbesitz abgeschafft worden. Alles in allem führte die Wirtschaftspolitik der Unidad Popular zu einer spürbaren Verbesserung für die Massen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Wohnung, Landverteilung und Erziehung. Was natürlich eine

**Ohne Kommentar dokumentieren wir einen Kommentar des Springer-Kolumnisten und Friedman-Anhängers Paul C. Martin, den er in der April-Ausgabe des „Internationalen Magazins für Männer: Penthouse“, deutsche Ausgabe, im April 1983 veröffentlichte:**

Nicht, daß Sie glauben, ich scherze: die größten Profite, die nach dem zweiten Weltkrieg überhaupt mit Aktien zu erzielen waren, von denen haben Sie noch nie etwas gehört. Es war das „Doppel-Plus mit dem Doppel-P“. Das sensationelle Geld, das die Herren Papadopoulos und Pinochet den Anlegern bescherten. Papadopoulos war jener griechische Putschist, der 1967 Panzer auf fuhr und für Ruhe, Ordnung und ein Rechtsregime sorgte. Pinochet ist jener chilenische Putschist, der im September 1973 den Sozialisten Allende zum Abgang per Suizid zwang.

Die Börsen von Athen und Santiago erlebten daraufhin Orgasmen. Die Kurse selbst der obskuren Nebenwerte explo-

dierten. Vierfaches, achtfaches, selbst zwanzigfaches Geld war an der Tagesordnung. Und jeder durfte ganz dabeisein. Denn selbst der Kleinanleger Obermoser aus Hinterpfaffenholzen hätte aus zehn Millionen Erbsparten 100.000 Mark oder auch das Doppelte machen können — und das vollständig ohne Risiko. Es gibt auf der Welt keinen sichereren Aktientip als ein Militärregime, ein „rechtes“ notabene. Wenn die Linksoptionen im KZ verschwinden, wenn Schweden die diplomatischen Beziehungen abbricht und wenn der Heimdichter aus den Stürmen der Hauptstadt den Nobelpreis für Literatur erhält, Anleger, dann ist das eure Stunde! Paul C. Martin.



Meldungen

# Philippinen: Ein Mord der Marcos- Diktatur

Bei der Rückkehr aus nord-amerikanischem Exil wurde der Führer der Opposition gegen die faschistische Marcos-Diktatur auf dem Flughafen von Manila ermordet. Während ihn begleitende Journalisten im Flugzeug festgehalten wurden, wurde Benigno Aquino auf der Gangway erschossen. Der Attentäter soll sofort von anwesenden Soldaten ebenfalls erschossen worden sein. Diese Version allein ist schon zu durchsichtig — der schnelle Tod des Attentäters, die anwesenden Soldaten und die Abschirmung der Journalisten — das alles spricht für ein abgekartiertes Schauspiel. Aber einigen Journalisten gelang es doch, mitzubekommen, was sich abgespielt hat. Ein Reporter der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo berichtete, die Beamten, die Aquino aus dem Flugzeug führten, hätten ihre Pistolen gezogen und den Politiker erschossen. Ein anderer bestätigte diese Version. Der faschistische Diktator Marcos, der heuchlerisch von einem abscheulichen Verbrechen sprach, hatte den Oppositionsführer selbst gewarnt, nicht nach Manila zurückzukehren.



Benigno Aquino

Benigno Aquino, ein fortschrittlicher, christlicher Gegner der Diktatur, war von Marcos' Justiz zum Tod verurteilt worden. Nach sieben Jahren und sieben Monaten Einzelhaft während der Prozedur der Wiederaufnahme des Verfahrens durfte Aquino zu einer Herzoperation nach den USA ausreisen. Offensichtlich hatte Marcos gemeint, sein politischer Gegner würde dort bleiben, die Sache sei damit erledigt. Aber Aquino und seine Freunde — tausende waren auf dem Flugplatz erschienen — hatten schon eine Erklärung vorbereitet, die am vergangenen Sonntag veröffentlicht wurde. Darin hieß es: „Ordnet meine sofortige Hinrichtung an — oder laßt mich frei! Ich bin aus freiem Willen zurückgekehrt, um mich den Reihen derjenigen anzuschließen, die um die Wiederherstellung unserer Rechte und Freiheiten durch Gewaltlosigkeit kämpfen.“ Gewaltlosigkeit ist aber nicht die Sprache, die die Diktatur Marcos spricht. Selbst sämtliche elf umstrittenen Belastungszeugen des Regimes, die das damalige Todesurteil gegen Aquino zu sprechen halfen, sind heute nicht mehr am Leben...

## Argentinien:

# Massenprotest gegen Folterregime

Am Freitag, dem 19. August, haben rund 40000 Menschen in Buenos Aires gegen die Militärregierung des Landes demonstriert. Anlaß der Großdemonstration war ein geplantes Amnestiegesetz der Militärs, mit dem sie vor allem sich selbst und ihre mörderischen Helfershelfer reinwaschen wollen.

In den letzten Jahren sind nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen zwischen 6000 und 15000 Menschen im Land verschwunden. Von den meisten fehlt jede Spur. In vielen Fällen konnte nachgewiesen werden, daß die von den Streitkräften selbst, oder von Polizeieinheiten in Uniform oder Zivil verschleppt, gefoltert und getötet wurden.

Aufgrund der breiten Protestbewegung, vor allem der „Mütter des Maiplatzes“, das sind Angehörige Verschwundener, die schon viele Aktionen gegen die Militärs durchgeführt haben, sind in Argentinien die ersten Gerichtsverfahren gegen Polizisten und zum Teil sehr hohe Militärs ins Rollen gekommen. Aus diesem Grunde will die Militärregierung — nach-



dem sie einfach alle Verschwundenen für tot erklärt hat — jetzt diese Amnestie für ihre eigenen Verbrechen durchführen. Der vom Druck der protestierenden Öffentlichkeit geschaffene Freiraum für die zivile Gerichtsbarkeit wird durch die neuen Demonstrationen unterstützt und hoffentlich erweitert. Denn

viele der Richter, die sich getraut haben, gegen die Macht-haber Untersuchungsverfahren einzuleiten, sind schon mehrmals mit Morddrohungen „gewarnt“ worden, die Verfahren einzustellen.

Unser Bild zeigt eine der „Maiplatz-Mütter“, Norma de Cortines, mit Portraits von einigen der Verschwundenen.

## Weiterhin Krieg im Libanon

# Israel gießt Öl ins Feuer

Spätestens der Besuch des israelischen Kriegsministers Arens bei den Falangisten im Schuf-Gebirge südlich von Beirut hat gezeigt, wer hinter wieder aufflammenden Kämpfen im Libanon steht, wer, wie eine libanesische Zeitung sogar schrieb, „Öl ins Feuer gießt“. Die israelischen Zionisten, die weiter an einer Destabilisierung des Libanon arbeiten, um ihrem Ziel, das Land zu zerteilen und große Teile zu beherrschen und unter Kontrolle zu haben, näherzukommen.



Einheiten des Drusenführers Walid Dschumblat im Libanon

Nach dem offenen Krieg, den die israelische Armee im Libanon führte, um die dort stehenden Einheiten des palästinensischen Volkes, deren Land sie besetzt halten, zu vernichten, haben sich die linken, fortschrittlichen Kräfte im Libanon vor allem unter dem Führer der Drusen, Walid Dschumblat, gesammelt. Sie stehen im Kampf gegen die Falangisten, von Israel ausgehaltenen, regierungsfreundlichen Einheiten, die die Stadthalterrolle der Regierung Gemayel absichern.

Die Drusen sind ein christlicher Volksteil des Libanon, der schon lange für eine sozial-revolutionäre Politik eintritt und vor

allem die israelische Großmachtspolitik und die US-abhängige Bourgeoisie im Libanon bekämpft. Die von der herrschenden Clique um Amin Gemayel praktisch als Privatarmee gehaltenen Falangisten sind schon lange auf alle Einheiten der Drusen angesetzt. Vor allem im Schuf-Gebirge kam es wiederholt zu schweren Kämpfen.

Der kürzliche Besuch des israelischen Verteidigungsministers Arens war eine starke Unterstützung für die Falangisten. Arens besuchte im Libanon das Hauptquartier des Kommandorats der Falangisten, der sogenannten „Libanesischen Streitkräfte“ (FL). Das Ziel dieser Aktion machte ein israelischer

Armeesprecher deutlich. Er sagte, das Gebiet im Schuf-Gebirge könne auch nach einem Abzug der israelischen Truppen aus der Region israelischer Kontrolle unterstellt bleiben. Mit anderen Worten, mit einer von Israel bezahlten und abhängigen Armee sehen die Zionisten ihre Großmachtpläne auch so gesichert.

Diese Politik ist sogar in libanesischen Regierungskreisen, die sicherlich keine Freunde der linken Einheiten Dschumblats sind, auf Kritik gestoßen. Weil auf der einen Seite die ersten Kontakte der im Libanon verfeindeten Gruppen geknüpft worden sind, andererseits die Regierung nicht so deutlich an den Rand gedrückt werden will, gab es Protest aus Beirut. „Einkreisung in die inneren Angelegenheiten des Libanon“, hieß es aus Regierungskreisen. Eine regierungsnähe Zeitung sogar nannte die Politik der Israelis beim Namen: Mit seiner „Druckausübung“, so „Al Liwa“, wolle Israel den Libanon in eine ausweglose Lage bringen, um dann die Teilung des Landes zu besiegeln. Mit der offenen Unterstützung der volksfeindlichen Falangisten im Libanon hat die Regierung Begin die Hauptverantwortung, die Hauptschuld für neues Blutvergießen im Libanon.

In Israel selbst wurde jetzt der 84. Reservist verurteilt, der sich weigerte, der zionistischen Armee im Libanon zu dienen. Ein 33-jähriger aus Jerusalem erklärte dem Militärgericht vor seiner Verurteilung: „In Übereinstimmung mit meinem Eid habe ich gelobt, die Sicherheit Israels zu verteidigen, aber ich bin nicht bereit, als Soldner zu dienen — weder für Regans noch für Begins Imperium.“ Zur Zeit sitzen noch mindestens 13 Reservisten, zum Teil seit Monaten im Gefängnis, weil sie den Einsatz im Libanon verweigert haben. Jetzt wollen die Verweigerer eine Demonstration vor Begins Regierungssitz organisieren.

## 3. Jahrestag des Abkommens von Gdansk

# Vor neuen Kämpfen in Polen

Kurz vor dem dritten Jahrestag des Gdansk'ers Abkommens von 1980, das der Gewerkschaft „Solidarność“ Legalität und den kämpfenden Arbeitern viele politische und soziale Verbesserungen brachte, die erst durch eine Militärdiktatur rückgängig gemacht werden konnten, bereiten sich beide Seiten, die Arbeiter und die Herrschenden auf neue Kämpfe vor.

Vor allem in der Stadt Gdansk, traditionell eine Hochburg der kämpferischen Arbeiterklasse, will die Regierung jegliche Aktivitäten unterbinden. In einem Aufruf über alle Radiosender warnte man die Arbeiter. Wie es hieß, seien die Sicherheitskräfte angewiesen worden, in „Übereinstimmung mit den Gesetzen“ die Ruhe und ungestörte Arbeit entschlossen zu garantieren. Außerdem wurden die Betriebe ermahnt, die Anordnungen gegen Personen, die unerlaubt ihren Arbeitsplatz verlassen, strikt zu vollziehen. Dazu muß man wissen, daß „in Übereinstimmung mit den Gesetzen“ in Polen heißt, in Übereinstimmung mit den Notstandsgesetzen, die nach der offiziellen Beendigung der Herrschaft der polnischen Militärs das Volk und die Arbeiterklasse unterdrücken. Denn in Polen hat sich nur die Form des Ausnahmezustandes geändert, der am 13. Dezember 1981 als letzte Antwort gegen die Arbeiterklasse ausgerufen wurde.

Die im Untergrund arbeitende Führung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“ hat aber die Bevölkerung zum Kampf gegen die Regierung des Generals Wojciech Jaruzelski aufgerufen. In der letzten Ausgabe ihrer Zeitung „Tygodnik Mazowski“, die immer wieder erscheint, wird der Ausnahmezustand in Polen als ein Fehlschlag für die Regierung bezeichnet. Tausende von geheimen, in der Illegalität arbeitenden Gewerkschaftsorganisationen und Zellen bewiesen, daß „Solidarność“ weiterlebe. Außerdem sei die polnische Bevölkerung gestärkt aus der Zeit des Kriegsrechts hervorgegangen. Alle Gewerkschaftsanhänger wurden aufgefordert, mit energischen Demonstrationen die Freilassung aller politischen Gefangenen zu erzwingen und für die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte einzutreten. Dieser Aufruf ist von allen bekannten, im Untergrund lebenden und arbeitenden Arbeiterführern unterzeichnet.

Dagegen hat sich Lech Waleś gegen solche Aktionen gewandt. Er ist sich sicher, daß der dritte Jahrestag des Abkommens von Gdansk „ohne große Explosionen oder Straßenschlachten“ über die Bühne gehen würde, auch wenn die Regierung provozieren würde. Waleś meinte, die zuständigen

Stellen hätten offenbar die Absicht, bei derartigen Straßendemonstrationen „die Mutigsten von uns festzunehmen“. Zu denen scheint er zur Zeit nicht zu gehören, sagte er doch eine Rede vor Arbeitern wegen der Gefahr verhaftet zu werden kurzfristig wieder ab. Die Arbeiter allerdings sind zu Kampfaktionen bereit, erste angekündigte Maßnahme ist ein achtstägiger Bummelsstreik, der zur Vorbereitung des Jahrestages dienen soll.

Ein weiteres Armutszeugnis der sich „sozialistisch“ nennenden Regierung in Polen ist die jetzt verkündete endgültige Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes. Der war mit Verkündung des Kriegsrechts von Jaruzelski zunächst nur „suspendiert“ worden. Trotz intensiver Bemühungen vieler regierungstreuer Autoren war die Mehrzahl der Mitglieder nicht im Sinne der Herrschenden auf „Linie“ zu bekommen. Das Verbot des Schriftstellerverbandes nach der Gewerkschaft „Solidarność“, dem Journalistenverband, dem Künstlerverband und dem Studentenverband die fünfte große Massenorganisation, die verboten ist, zeigt, wie wenig breit die Unterstützung der angeblichen Kommunisten in Polen heute ist.

In der Begründung für die Auflösung des Verbandes heißt es, der Verband habe sich nicht um das literarische Leben in Polen gekümmert, sich dafür aber um so mehr auf die Schaffung von „gesellschaftspolitischen Alternativen in der Kultur und Erziehung“ konzentriert. Und ganz offen heißt es, der Verband solle durch die Auflösung von jenen Mitgliedern gekübbert werden, die sich nicht der staatlichen Zensur beugen würden und gar im Ausland ihre Werke veröffentlichten.

Die auf Weisung der Kulturabteilung des Zentralkomitees der revisionsistischen Partei Polens vollzogene Auflösung des Schriftstellerverbandes, der immerhin noch 1300 Mitglieder hatte, wird weitere Intellektuelle in Gegnerschaft zur Jaruzelski-Regierung bringen. Eine kleine Gruppe absolut regimetreuer Autoren will jetzt an den Aufbau eines neuen Verbandes gehen. Dort mitzumachen ist bestimmt eine offene Parteinahme für die volksfeindliche Regierung in Polen.

## HÖRT RADIO TIRANA

ZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	41 Meterband KW 49 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	41 Meterband KW 49 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	41 Meterband KW 49 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	41 Meterband KW 49 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
5.00-5.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 49 Meterband KW 215m MW





## Wie die Christlich-Sozialen in München miteinander umgehen:

**„Schleich di, du Drecksau, schleich di, sonst knallt's. Du Drecksack, hau ab, du katholischer.“**

Well parteiinterner Streit der Münchner CSU jetzt vor die Gerichte getragen wurde, ist einiges über die Art und Weise bekanntgeworden, wie man sich bei den Münchner Christlich-Sozialen so im Alltag auseinandersetzt.

Hintergrund der Affäre ist der Kampf in zwei Münchner Ortsverbänden. In dem einen Ortsverband, Fasangarten, „re-



CSU-Mann Erich Riedl: „Du Drecksau...“

giert“ unangefochten Erich Riedl, Oberpostdirektor außer Diensten, Bundestagsabgeordneter der CSU in Bonn, Vorsitzender eines Münchner Kreisverbandes der CSU und Exmanager des ruinierten und heute drittgrößten ehemaligen Bundesliga-Vereins München 1860. Unterstützt wird Riedl von einigen jüngeren CSU-Politikern, allen voran Franz-Georg Strauß und Max Strauß, Söhne des großen Alten. „Monarchistische Züge“ trage die Führung dieser Gruppe, besonders Max Strauß führe „informelle Regie“, so schreibe man den Stil im Ortsverband Fasangarten.

Wie sich diese Truppe eine starke Hausmacht in der Münchner CSU geschaffen hat, ist zum heftigen Streitpunkt der Parteiorganisation geworden. Denn noch vor zwei Jahren war der Ortsverband Fasangarten eher unbedeutend. Plötzlich kam es zu einem wundersamen Mitgliederzuwachs. Von den 530 Mitgliedern, die man plötzlich präsentierte und damit den stärksten Ortsverband darstellte, wohnten aber über 300 gar nicht im Ortsbereich, 90 überhaupt nicht in München und ein gutes Dutzend sogar außerhalb Bayerns.

Diese Mitgliedschaft wählte die oben beschriebene Führungsmannschaft, die sich dann den benachbarten pickfeinen

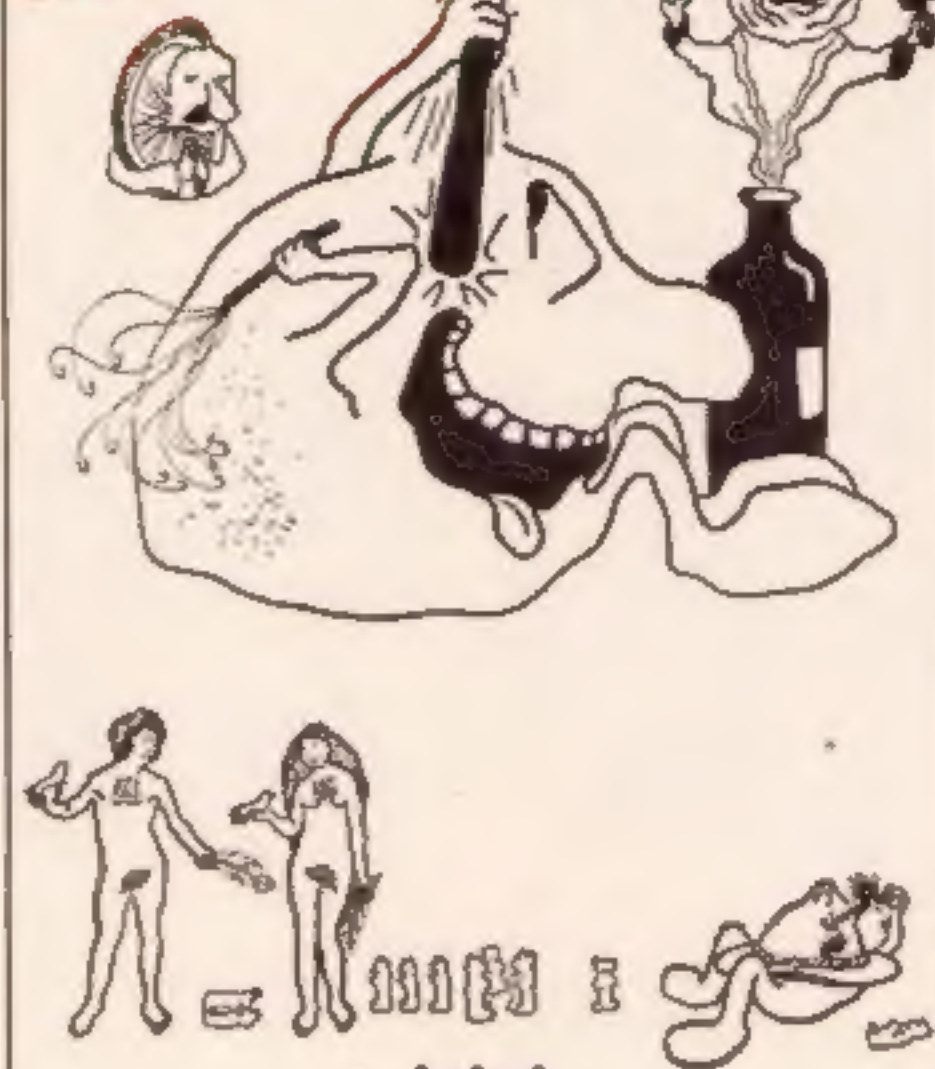
Ortsverband Harlaching vornehm. Dieser Ortsverband war lange Zeit Hochburg Richard Hundhammers, ein Sohn des CSU-Mitbegründers Alois Hundhammer, der zeitlebens ein innerparteilicher Strauß-Feind war. Der Sohn des alten „Alisi“ stand dann auch auf der Abschußliste der Strauß-Fans vom Fasangarten.

Kurz bevor in Harlaching Neuwahlen anstanden, meldeten sich ein paar Dutzend Mitglieder des Ortsverbandes Fasangarten nach Harlaching um, Hundhammer war weg vom Fenster, ein Kandidat Riedls wurde gewählt. Als dann Manipulationsvorwürfe auftauchten, verschleppte der Kreisvorsitzende Riedl erstmal das Verfahren und später bestätigte die Landesschiedskommission den neugewählten Vorsitzenden.

Richard Hundhammer, der in der CSU nach und nach alle Parteiämter verlor, traf auf Riedl bei einer CSU-Werbeveranstaltung im Lokal „Gartenstadt“ in Harlaching. Hier machte Riedl dann Hundhammer so an: „Schleich di, du Drecksau, schleich di, sonst knallt's. Du Drecksack, hau ab, du katholischer.“

Denn der ganze Streit hat wenig konkrete politische Hintergründe. Die Strauß-Freunde bekämpfen lediglich einen anderen extrem schwarzen Kreis innerhalb der CSU. Die oberkatholischen, die der alte Hundhammer anführte, Alois Hundhammer als Statthalter des Ritterordens vom heiligen Grabe zu Jerusalem hatte Strauß immer den Zugang zu dem letzten Hort des wahren bayerischen Katholizismus dem „Petra-Kreis“ verweigert und ihn öffentlich für unwürdig erklärt. Diese Scharte wetzt Franz Josef mit Hilfe seiner Leute wieder aus. Mit welchen Mitteln — siehe oben.

## 1. Allgemeines Westdeutsches Büßer- und Abwieglertreffen



**Aufruf zur glorieichen Huldigung und öffentlichen Selbstzüchtigung anlässlich der Ankunft des Großinquisitors Friedrich Zimmermann d.L. und seiner Kurie in Hamburg am 2. Sept. 1983 a.D.**

Am 1. und 2. September sind im Hamburger Rathaus die Innenminister und -senatoren der Länder, sowie der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versammelt. Auf ihrem Programm stehen bewegende Themen: Demonstrationen, Aufrüstung der Polizei und/oder des Bundesgrenzschutzes mit CS-Gas und Gummigeschossen, Türken-„Rückführung“, neuer Personalausweis und Volkszählung.

Wir finden die Ankunft des Großinquisitors sollte auch die Bürger Hamburgs und der ganzen Bundesrepublik zu einer mächtigen Demonstration ihres Un-

terwerfungswillens veranlassen.

Geplant sind vielfältige Unternehmungen:

- Ein Block der Büßer und Geißler, die öffentlich zeigen, daß sie in Zukunft nur noch gegen sich selber Gewalt anwenden wollen.
- Ein Block der Husten und Schnupfenkranken, wie sie im Winter 50 Prozent der Demonstrationen züge stellen und die bald Probleme mit ihrem ärztlich verordneten Schal vom Gesicht bekommen werden.
- Die Ausstellung des ersten fälschungssicheren Abwieglerausweises, wie er ab Januar unentbehrlich sein wird.
- und vieles andere mehr.



Aus der albanischen satirischen Zeitschrift „Hosteni“, 26.8.1982

## Die überraschende Kontrolle

Der Betriebskontrolleur betrat das Lokal zu einer Zeit, als dort gerade sauber gemacht wurde, es also keine Kunden gab. Er marschierte schnurstraks auf die Theke zu und begann die Wirtin und den Kellner, der sich an der Theke aufhielt, auszuzanken.

„Uns liegen Beschwerden vor!“ Die mit einer schwarzen Schürze bekleidete stämmige Wirtin blickte den mit einem weißen Jackett bekleideten schmächtigen Kellner an.

„Jawohl“, fuhr der Kontrolleur mit gestrenger Miene fort, „wir verfügen über Angaben von Gästen, daß die Raki Gläser nicht voll eingeschenkt werden.“

Die Wirtin und der Kellner begehrt auf, doch der Kontrolleur sprach weiter:

„Diejenigen, die uns Hinweise gegeben haben, sind ernsthafte Leute. Deshalb werden wir Maßnahmen gegen euch ergreifen und...“

„Aber Genosse...“ „Es gibt kein „Aber“. Hier haben wir es mit Betrug zu tun, mit Unterschlagung...“

„Das ist doch gar nicht wahr!“ rief die Wirtin aufgebracht. „Kontrollier doch ein Glas Raki, das ich gerade zum Servieren ausgeschenkt habe.“

Und sie setzte ihm ein Glas Raki vor. Verstoßen warf der Kontrolleur einen Blick auf das Glas, ohne die Wirtin anzuschauen.

„Warum, macht ihr alle so voll?“ fragte er.

„Das können wir dir versichern“, warf der Kellner ein. Nach einer kurzen Pause fragte der Kontrolleur:

„Was für ein Raki soll das sein?“

„Permet!“ „Man hat mir aber gesagt, daß ihr Raki Skrapari im Ausschank habt.“

„Der Skrapari“, erklärte die Wirtin, „kommt heute. Doch trink diesen hier. Koste einmal!“

Als der Kontrolleur zum Trinken ansetzte, kam ihm der Raki gut vor, deshalb leerte er das Glas in einem Zug.

„Wie dem auch sei“, setzte er hinzu, „paß nur auf, daß ihr nicht in die roten Zahlen kommt, es ist nicht in Ordnung, die Gläser so übertrieben voll zu machen, verwerflich ist das sogar“, sagte er und stürzte das zweite Glas hinunter, das ihm die Wirtin herübergeschoben

hatte. Inzwischen hatte der Kellner das Lokal geöffnet. Die ersten Gäste traten ein, die Leute bestellten, die Gläser klirrten und der Expressoautomat begann zu zischen. Währenddessen ging der Dialog Kontrolleur — Wirtin weiter, mit ein paar Einwüfen des Kellners, der die Gäste an den Tischen bediente und hin und wieder an die Theke kam.

Nachdem er das dritte Glas getrunken hatte, sagte der Kontrolleur:

„Geht mir fürsorglich mit den Gästen um. Sie bezahlen und müssen entsprechend bedient werden.“

„Genau, Recht hast du“ versetzte die Wirtin, während entsprechend den Bestellungen, die der Kellner aufgab, die Gläser für die Gäste füllte. Nach ein weiteres füllte sie dem Kontrolleur, der weiter trank und einen Moralischen bekam.

„Mir ist aufgetragen worden, eure Arbeit zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, aber wenn es so ist...“

„Es ist so, das versichere ich dir“, entgegnete die Wirtin, „sieh nur, all die Gläser, wie voll, wie randvoll ich sie mache...“

Doch jetzt war das Gehirn des Kontrolleurs bereits benebelt. Er wußte nicht mehr, ob er gekommen war, um aufzupassen, um etwaige Maßnahmen zu ergreifen oder um selbst zu trinken. Wie dem auch sei, der Raki stachelte ihn an zu sagen:

„Es ist alles überprüft. Wir wissen jetzt Bescheid, ihr habt das richtige Bewußtsein. Ihr seid kein Problemfall für das Direktorat.“

Und auf ihre Gesundheit trank er noch zwei weitere Gläser.

Als er sich zu gehen anschickte, zufrieden, daß die überraschende Kontrolle vollen Erfolg gehabt hatte, fragte der Kellner die Wirtin:

„Wieviel Gläser hast du ihm ausgeschenkt?“

„Sieben Kurze“, sagte sie. Der Kellner kritzelte etwas auf seine Block, riß ein Blatt ab und reichte es dem Kontrolleur: „Zehn Lek fünfzig, Genosse!“

Der Kontrolleur hielt verblüfft inne:

„Ich?“ fragte er verwundert.

„Du“ versetzte der Kellner, „wer sonst, etwa ich?“

Man Caka (Übers.: J. Vetter)

Montag, 22. August 1983

SPORT VOM WOCHENENDE

## Europameisterschaft der Schwimmer in Rom

9:5 gegen die Niederlande

### Guter Start der Wasserballer

Rom (dpa/sid) — Die bundesdeutsche Wasserball-Nationalmannschaft startete als Titelverteidiger bei der Europameisterschaft in Rom programmgemäß mit einem 9:5 (2:3, 3:1, 3:1, 1:1) gegen Holland. Die Mannschaft des rumänischen Trainers Nikolai Firoiu hatte am Samstag vor 2000 Zuschauern nur im ersten Viertel mit ihrer eigenen Nervosität zu kämpfen. Für den Europameister von Split 1981 war der Berliner Hagen Stamm vom deutschen Meister Wasserfreunde Spandau mit drei Treffern erfolgreichster Schütze. Die weiteren Tore erzielten die Berliner Frank Otto und Roland Freund (je zwei) sowie der Duisburger Rainer Osselmann (2).

Die erste Überraschung gelang Außenseiter

... aber wehe, wenn der Vatikan antritt!



## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellenhofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Bever, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4800 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausenstr.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Steacy, Unknstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 8, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzig, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466629.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stöckmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Zentke, Gutenbergstr. 45, Tel.: (0431) 587702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 654858, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Pohl, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Hauemannstr. 107, Tel.: (0711) 432386, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 45 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 485385, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.